

**Haftung und Anfechtung
bei mißbräuchlich ausgefüllten Blankourkunden
des bürgerlichen Rechts**

Inaugural - Dissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Karl Feldmann, Anwaltsassessor in Frankfurt a. M.

1955

**Haftung und Anfechtung
bei mißbräuchlich ausgefüllten Blankourkunden
des bürgerlichen Rechts**

Inaugural - Dissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Karl Feldmann, Anwaltsassessor in Frankfurt a. M.

Druck: Büro Dr. Schmitt, Frankfurt am Main · 1955



1. Gutachter: Prof. Dr. Schiedermaier

2. Gutachter: Prof. Dr. Erler

Tag der mündlichen Prüfung: 23. November 1955

Inhaltsübersicht:

Seite:

A. Einleitung:	7
I. Die Abgrenzung der gestellten Aufgabe	7
II. Der Begriff des Blanketts	9
III. Blankett und Schriftform (§ 126 BGB)	10
B. Die Haftung des Blankettgebers bei missbräuchlicher Ausfüllung des Blanketts durch den Blankettnehmer	13
I. Die rechtliche Stellung des Blankettnehmers und das Wesen des Ausfüllungsrechts; die einzelnen Theorien, insbes.:	13
1. Die Vollmachtstheorie	17
2. Die Theorie der Schreibgehilfenschaft	22
3. Die Theorie des vollmachtsähnlichen Gestaltungsrechts	26
II. Die Folgen der Überschreitung des Ausfüllungsrechtes	28
III. Die Möglichkeiten einer Rechtsscheinhaftung des Blankettgebers	35
1. Haftung aufgrund eines allgemeinen Prinzips der Haftung für zurechenbar verursachten Rechtsschein?	35
2. Haftung kraft analoger Anwendung von Einzelvorschriften des Vertrauensschutzes, nämlich:	39
a) der §§ 171, 172 BGB?	40
b) der Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes.?	45
C. Die Anfechtbarkeit der in dem missbräuchlich ausgefüllten Blankett niedergelegten Erklärung	

Literaturverzeichnis

I. Lehrbücher:

- Enneccerus: Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts,
Enneccerus, Kipp, Wolff -Bd.I,
Allgem. Teil, 14. Neubearb. Auflg.,
v. Nipperdey, 1. Halbband 1952, 2. Halbband 1955 (zitiert: "Ennecc.-Nipperd."),
-Bd. II, Recht der Schuldverhältnisse,
13. Bearbeitung 1950, v. Lehmann
(zitiert: "Ennecc.-Lehmann")
- Grünhut: Wechselrecht, Band I, in Bindings
systematischem Handbuch der deutschen
Rechtswissenschaft, Leipzig, 1897
- Hueck: Recht der Wertpapiere, 5. Auflg., Berlin
und Frankfurt a.M., 1949
- Jacobi: Die Wertpapiere, in Ehrenbergs Handbuch
des gesamten Handelsrechts, 4. Bd.,
1. Abt. S. 125 ff (1917)
- Lehmann: Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Ge-
setzbuches, 8. Auflage, Berlin 1954
- Schumann: Handelsrecht, Teil IV (Wertpapiere),
in "Die Handelshochschule", Wiesbaden
1952 (zitiert: "Schumann, HH")
- v. Tuhr: Der Allgemeine Teil des Deutschen
Bürgerlichen Rechts,
-Bd. I, 1910
-Bd. II, 1. Hälfte, 1914
-Bd. II, 2. Hälfte, 1918
- Ulmer: Das Recht der Wertpapiere, Stuttgart-
Berlin, 1938

II. Kommentare:

- Baumbach: Zivilprozessordnung, 23. Auflg. 1954,
bearb. von Lauterbach
- Jaeger: Kommentar zur Konkursordnung, 6. u. 7.
Auflg., 1931-1936
- Oertmann: Kommentar zum BGB und seinen Nebenge-
setzen
-Bd. I, 3. Auflage 1927
-Bd. II, 5. Auflage 1928
- Planck: Kommentar zum BGB
-Bd. I, 4. Auflage 1913 (bearb. v. Flad)
-Bd. II, 2. Hälfte, 4. Auflage 1928
(bearb. v. Knoke)
- Quassowski-
Albrecht: Wechselgesetz, Berlin 1934
- RGRK: Reichsgerichtsrätekomentar (Das BGB
mit bes. Berücksichtigung der Recht-
sprechung des Reichsgerichts),
Bd. I, 13. Auflg. 1953 (bearb. v. Oegg)
- Staub-Stranz: -Wechselordnung, 12. Auflg., 1929
-Wechselgesetz, 14. Auflg., 1952
- Staudinger: Kommentar zum BGB und dem Einführungs-
ges.
-Bd. I, 9. Auflg. 1925 (bearb. v. Riezler)
-Bd. I, 10. Auflg. 1936 (bearb. v. Riezler)
- Stein-Jonas: Kommentar zur Zivilprozessordnung,
17. Auflg. mit Ergänzungslieferungen,
(Stand der 18. Auflg.), 1952-1953,
bearb. v. Schönke)

III. Einzelschriften und Aufsätze:

- Haussmann:** Das Blankett, insbes. der Blankettmissbrauch unter dem Gesichtspunkt des Rechtsscheinsprinzips (Gruchot Bd.58 (1914), S. 280 ff.)
- Latz:** Das Blankettakzept, 1898
- Lehmann,Heinr.** Die Unterschrift im Tatbestande der schriftlichen Willenserklärung, Bonn, 1904
zitiert: "Lehmann, Unterschrift"
- Mansfeld:** Über den Schutz des guten Glaubens beim Erwerb von Wechselblanketten (LZ.1909, Sp. 177 ff)
- Oertmann:** Grundsätzliches zur Lehre vom Rechtsschein (Zeitschrift f.ges.Handelsr., Bd.95, S. 443 ff.)
zitiert: "Oertmann, Rechtsschein"
- Ohr:** Zur Dogmatik des Handelns unter fremden Namen (ArchCivPrax., Bd.152, S. 216 ff.)
- Riezler:** Die Blankettunterschrift (ArchCivPrax., Bd.95 (1904), S. 357 ff.)
- Schumann:** Die Fälschung nach dem neuen Wechsel- und Scheckrecht, Berlin 1935
zitiert: "Schumann, Wechselfälschung"
- Seckel:** Die Gestaltungsrechte des bürgerlichen Rechts, (in der Festgabe f.Koch, 1903, S. 205 ff.)
- Siegel:** Einige Bemerkungen zur Lehre von den Blanketten (Leipz.Z., 1909, S. 531 ff.)
- Sohm:** Über den Vertragsschluss unter Abwesenden und den Vertragsschluss mit einer persona incerta (Goldschmidt sZ., Bd.17, S. 70 ff.)

- Strempel: Die Blankozession nach gemeinem Recht, 1893
- v. Tuhr: Die unwiderrufliche Vollmacht (Strassburger Festgabe für Paul Laband, 1908, S. 93 ff.)
zitiert: "v. Tuhr, u.V."
- Voss: Die Anfechtbarkeit von Blanketterklärungen wegen missbräuchlicher Ausfüllung nach dem Rechte des Bürgerlichen Gesetzbuches.
(Iher.Jb, Bd.56 (1910), S. 412 ff.)
- Wellspacher: Das Vertrauen auf äussere Tatbestände im Bürgerlichen Recht, Wien, 1906.

IV. Dissertationen:

- Bornemann: Die Blankobürgschaft, Marburg 1934
- Müller, K.H.: Die Blankettunterschrift in ihrer Bedeutung für das bürgerliche Recht, Rostock 1931
- Nischik: Das Blankett im bürgerlichen Gesetzbuch, Marburg 1936
- Schmalz: Die Zwangsvollstreckung in Blankowechsel, Frankfurt 1951
- Siegel: Die Blanketterklärung, München 1908
- Wächter: Die Blankobürgschaft und die Folgen der missbräuchlichen Ausfüllung, Köln 1940
- Zwirner: Das Blankett als Willenserklärung, Greifswald 1918

V. Entscheidungssammlungen:

- RGZ: Entscheidungen des Reichsgerichtes in
Zivilsachen
- ROHG: Entscheidungen des Reichsoberhandels-
gerichtes
- Striethorst: Rechtsfälle aus der Praxis des Königl.
Geheimen Obertribunals.

A. Einleitung:

I. Die Abgrenzung der gestellten Aufgabe:

Über das Blankett und die Folgen einer missbräuchlichen Ausfüllung von "in blanco" unterschriebenen Urkunden ist schon viel geschrieben worden¹⁾. Worum es dabei geht, sei an Hand eines praktischen Beispiels erläutert:

B will bei einer Bank einen Kredit aufnehmen und benötigt hierzu eine Bürgschaft des A. A will sich auch für ein dem B zu gewährendes Darlehen, dessen Höhe noch nicht feststeht, verbürgen. Er übergibt dem B zur Weiterleitung an die Bank eine sonst vollständige, von ihm unterschriebene Bürgschaftserklärung, in der jedoch der noch unbekannte Betrag des Darlehens offengelassen ist. B darf nach den Anweisungen des A, der ihm das "Blankett" übergeben hat, einen Betrag bis zu 1.000,- DM einsetzen. B setzt jedoch 5.000,- DM ein, händigt die Urkunde der Bank aus und erhält ein Darlehen in dieser Höhe. Bei Fälligkeit des Darlehens ist B zahlungsunfähig, und die Bank verlangt von A als Bürgen die Zahlung von 5.000,- DM. A seinerseits, der von der Überschreitung des Höchstbetrages von 1.000,- DM keine Kenntnis hatte, bestreitet seine Verpflichtung zur Zahlung von 5.000,- DM mit dem Hinweis auf die weisungswidrige Ausfüllung.

Die Fragen nach den Rechtsfolgen einer solchen missbräuchlichen Blankettausfüllung -ob der "Blankettgeber" bei weisungswidriger Ausfüllung durch den

¹⁾ Die Zusammenstellung unter III und IV des Literaturverzeichnisses kann und soll keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben; es ist in erster Linie die Literatur berücksichtigt, die sich -wie die vorliegende Arbeit- mit den Blankourkunden befasst, die dem Bereich des bürgerlichen Rechts zugehören.

"Blankettnehmer" haftet und ob er die abredewidrig vervollständigte Erklärung anfechten kann- ergeben sich nicht nur bei der als Beispiel oft angeführten "Blankobürgschaft"²⁾, sondern ebenso auch bei anderen, dem Bereich des bürgerlichen Rechtes zugehörigen Erklärungen, die aus Blankoerklärungen entstehen können³⁾.

Die Ansichten über diese Rechtsfolgen gehen auch heute noch sehr auseinander: In der Lehre wird teilweise die Auffassung vertreten, wenn ein Blankett den getroffenen Vereinbarungen zuwider ausgefüllt werde, treffe den Aussteller keine Verpflichtung aus der von ihm blanco unterschriebenen Urkunde⁴⁾. Demgegenüber lassen andere⁵⁾ den Blankettaussteller zunächst der in der ausgefüllten Urkunde enthaltenen Erklärung gemäss haften, geben ihm aber die Möglichkeit einer Anfechtung nach § 119 oder § 120 BGB. Wiederum andere bejahen gleichfalls eine Haftung bei weisungswidriger Ausfüllung, versagen aber dem Aussteller die Möglichkeit einer Irrtumsanfechtung⁶⁾.

Noch verschiedenartiger als die einzelnen Auffassungen sind ihre Begründungen, soweit solche Begründungen überhaupt gegeben werden. Auf die verschiedenen Stellungnahmen zu den Einzelproblemen wird, soweit dies

2) vgl. die Dissertationen von Bornemann und Wächter, a.a.O., speziell zur Blankobürgschaft.

3) Schuldurkunde des § 780, Zessionsurkunde, Anweisung, etc., vgl. v. Tuhr, u.V., S.92

4) vgl. Nischik, S. 32/33; Haussmann, S. 313 ff.; Müller S. 62 ff.; Zwirner, S. 105, 106

5) vgl. Ennecc. Nipperd., I,2, § 155, I,2,c, S.654; Ennecc. Lehmann, § 191, II,3, S.740; Lehmann, § 31,V,1,a,S.205 und § 34 III,1,a, S.240; v. Tuhr, u.V., S.93, N.1 und Allgem.T., II,1, § 61,II,3, S.415; Oertmann, § 126, Anm. a,B,BB; Staudinger-Riezler, § 119, Anm. III,1 und § 126, Anm. IV,1; Planck, § 119, Anm. II,3 und § 126, Anm. 2 d

6) vgl. Voss, S.416 ff.; Bornemann, S.39/40; Wächter, S.45

notwendig und im Hinblick auf die Mannigfaltigkeit dieser Begründungen im Rahmen dieser Arbeit möglich erscheint, im einzelnen noch näher einzugehen sein. An dieser Stelle genüge der Hinweis, dass heute noch die Meinungen schon über die wichtigsten Vorfragen zur Lösung des Problems -vor allem über die Rechtsnatur der Befugnis zur Ausfüllung eines Blanketts und die Rechtsstellung des Blankettnehmers im Verhältnis zum Aussteller- in aussergewöhnlichem Masse auseinandergehen⁷⁾.

II. Der Begriff des Blanketts:

Einigkeit herrscht dagegen im wesentlichen über den Begriff des Blanketts. Unter einem Blankett wird allgemein verstanden: ein mit einer Namensschrift, eventuell ausserdem mit einem lückenhaften Text versehenes Papier, das nach dem Willen des Namenszeichners (des Ausstellers) von einem Dritten zu einer rechtsgeschäftlichen Willenserklärung ergänzt werden soll⁸⁾. Nach der von Müller⁹⁾ und Nischik¹⁰⁾ gegebenen Definition ist für die Begriffsbestimmung des Blanketts weiterhin wesentlich und erforderlich die Übergabe der Namensschrift an den Dritten zum Zwecke der Ausfüllung.- Ob die Übergabe des Papiers ein Begriffsmerkmal des Blanketts ist, oder aber, wovon ganz allgemein ausgegangen wird, lediglich Voraussetzung für eine wirksame, den Aussteller verpflichtende Ausfüllung, ist jedoch eine Frage von untergeordneter Bedeutung, solange -für den Bereich des

⁷⁾ vgl. unten B, I und II

⁸⁾ vgl. Siegel, Blanketterklärung S.3; Wächter, S.14; Zwirner, S.16; Voss, S.412 u.a.

⁹⁾ S.10 f.

¹⁰⁾ S. 6 f.

bürgerlichen Rechtes jedenfalls- von niemandem die Auffassung vertreten wird, dass der Namenszeichner auch dann hafte, wenn die Namensschrift ohne seinen Willen in die Hände eines Dritten gelangt und von diesem mit einem Text versehen wird.

III. Blankett und Schriftform (§ 126 BGB).

Gegen die herrschende Meinung¹¹⁾. Dass eine aus einem Blankett hervorgegangene Urkunde den Erfordernissen der gesetzlichen Schriftform (§ 126 BGB) genüge, wendet sich Riezler¹²⁾.

Riezler beruft sich zunächst auf den Wortlaut des § 126 und argumentiert, ein leeres Blatt Papier sei keine "Urkunde"; ausserdem sei aus dem Gebrauch der Zeitform der Gegenwart ("unterzeichnet werden") im Gesetzestext zu schliessen, dass die Unterschrift der Anfertigung des Obertextes zeitlich nachfolgen müsse¹³⁾.

Wenn man sich bei der Auslegung des § 126 streng an den gesetzlichen Wortlaut hält, muss man sich der Auffassung Riezlers anschliessen. Es ist aber fraglich, ob der Gesetzgeber mit der Verwendung der Worte "unterzeichnet werden" dem § 126 tatsächlich den von Riezler behaupteten Sinn geben wollte, oder ob diese Vorschrift nicht lediglich zum Ausdruck bringen soll, dass in den Fällen, in denen das Gesetz die Beachtung der Schriftform vorschreibt, eine vom Aussteller unterzeichnete Urkunde erforderlich ist¹⁴⁾.

11) vgl. Ennecc. Nipperd., I, 2, § 155, I, 2, c, S. 654; v. Tuhr, II. 1, § 63, V, 3, S. 516/517; Oertmann, § 126, Anm. a, B, BB; Lehmann, § 31, V, 1, a, S. 205; Planck, § 126, Anm. 2, d; RGRK, § 126, Anm. 3 u. a.

12) ArchCivPrax. Bd. 95, S. 357 ff., Staudinger-Riezler, 9. Auflg. § 126, Anm. IV, 1

13) ArchCivPrax, Bd. 95, S. 359; Staudinger-Riezler a. a. O.

14) So Siegel, Blanketterklärung S. 41

Gegen die Ansicht Riezlers sprechen die Motive (Bd.I, S.185): "Ob die Unterschrift zeitlich der Sonderschrift des Textes nachfolgt oder vorausgeht (Blankett), ist für die Frage ohne Belang". Entsprechend hiess es in § 92, I des ersten Entwurfes nicht wie im heutigen § 126 "unterzeichnet werden", sondern noch "unterzeichnet sein". Gerade auf diese Abänderung des späteren § 126 gegenüber § 92, I des ersten Entwurfes -nach seiner Auffassung eine "wohlüberlegte Redaktion"- stützt nun Riezler seine Meinung¹⁵⁾. Aus den Protokollen lässt sich aber nicht entnehmen, dass bei der Änderung des § 92, I des ersten Entwurfes an eine über die rein sprachliche hinausgehende inhaltliche Abänderung gedacht war. Riezlers Interpretation aus dem Wortlaut erregt daher Bedenken, umsomehr, als auch das Reichsgericht schon vor dem Erlass des BGB die Ansicht vertrat, dass für die Wahrung der Schriftform die zeitliche Reihenfolge von Namensschrift und Textschrift ohne Bedeutung sei¹⁶⁾.

Hätte der Gesetzgeber in der Frage der Blankounterschrift einen von der bisherigen Rechtsprechung des Reichsgerichts abweichenden Rechtsstandpunkt einnehmen wollen, so hätte er eine derartige Absicht vermutlich deutlicher zum Ausdruck gebracht als lediglich durch den Gebrauch der Zeitform "unterzeichnet werden". Zum mindesten müssten sich auch aus den Protokollen Anhaltspunkte für eine derartige Absicht ergeben.- Es liegt daher die Auffassung näher, dass § 126 sachlich nicht mehr verlangt als § 92, I des ersten Entwurfes, nämlich dass die Unterschrift den Text der Urkunde ihrer äusseren Erscheinung nach decken muss¹⁷⁾.

15) ArchCivPrax., S.359

16) vgl.den Rückblick auf die frühere Rechtsprechung in RGZ, Bd.57, Seite 66/67

17) So auch RGZ 57/66 (67)

Riezler behauptet nun weiterhin, dass die herrschende Meinung nicht nur mit dem Wortlaut des § 126 in Konflikt gerate, sondern auch mit den Zwecken, die der Gesetzgeber bei der Aufstellung von Formvorschriften verfolge¹⁸⁾. Riezler sagt, der Schriftzwang führe "dem rechtsgeschäftlich sich Erklärenden den Ernst des Geschäftes vor Augen" und könne ihn "unter Umständen abhalten von der Verwirklichung unbedachter Entschlüsse". Dieser wichtige Zweck werde aber völlig vereitelt, wenn der rechtsgeschäftlich Handelnde den Text, den er unterschreibt, überhaupt nicht zu Gesicht bekomme. Ausserdem gäbe es viele Menschen, denen es unbequem und ungewohnt sei, ihre Gedanken selbst zu formulieren oder von anderen Formuliertes auf die Übereinstimmung mit ihren eigenen Gedanken zu prüfen. Es sei deshalb psychologisch verständlich, wenn gerade diese Menschen besonders leicht bereit wären, dadurch, dass sie auf ein leeres Blatt ihren Namen setzen, sich vermeintlich aller weiteren Mühe zu entheben. Gerade für diese "im Schreiben, Lesen und Denken Ungewandten" sei der Schriftlichkeitszwang, dessen hauptsächlichsten Vorteile durch die Zulassung der Blankettunterschrift verlorengingen, eine "wohl-tuende Umständlichkeit"¹⁹⁾.

Riezler geht zutreffend von dem Warnzweck der Schriftform aus; er verkennt in seinen weiteren Ausführungen aber völlig die Einstellung der Kreise, die er schützen will, gegenüber der Hingabe einer Blankounterschrift, wie ihm Siegel²⁰⁾ mit Recht entgegenhält. Gerade der im Geschäftsleben und auch sonst Ungewandte, wird sich viel schwerer dazu bewegen lassen, seine Unterschrift auf

¹⁸⁾ ArchCivPrax 95/362 f; Staudinger-Riezler, a.a.O.

¹⁹⁾ ArchCivPrax. 95/364

²⁰⁾ Blanketterklärung S.38

ein leeres Papier zu setzen, als einen fertigen Text zu unterschreiben²¹⁾).

Auch dem Warnzweck, der den einzelnen gesetzlichen Bestimmungen über die Notwendigkeit der Schriftform zugrundeliegt, wird daher durch die Hingabe einer Blanko-unterschrift in ausreichendem Masse Rechnung getragen²²⁾. Es ist deshalb mit der h.M. davon auszugehen, dass eine aus einem Blankett entstandene Urkunde der Schriftform des § 126 BGB genügt, und es ist nicht erforderlich, hier ein "über den Wortlaut des Gesetzes sich hinwegsetzendes Gewohnheitsrecht" anzunehmen, wie Riezler meint²³⁾).

B. Die Haftung des Blankettgebers bei missbräuchlicher Ausfüllung des Blanketts durch den Blankettnehmer

I. Die rechtliche Stellung des Blankettnehmers und das Wesen des Ausfüllungsrechtes

Die Frage nach der Haftung des Blankettgebers bei abredewidriger Ausfüllung des Blanketts legt es nahe, zunächst zu versuchen, den rechtlichen Vorgang der Blanketthingabe und der Ausfüllung des Blanketts zu klären. Hierüber bestehen die verschiedensten Theorien, die im einzelnen bei Zwirner²⁴⁾, Bornemann²⁵⁾ und Wächter²⁶⁾ näher dargestellt sind.

²¹⁾ vgl. Siegel, a.a.O.: "Das Misstrauen wird viel eher wach, wenn jemand seinen Namen schreiben soll, ohne dass ein Text vorhanden ist, als wenn er durch andauerndes Zureden zum Unterschreiben eines Textes gebracht wird. Die Blankounterschrift ist ein dem primitiven Gedankengang so fernliegender Rechtsvorgang, dass gerade bei naiver Intelligenz ihr mit dem größten Misstrauen begegnet werden wird".

²²⁾ vgl. hierzu auch Lehmann, Unterschrift, S. 114/115

²³⁾ Staudinger-Riezler, 9. Auflg., § 126, Anm. IV, 1

²⁴⁾ S. 47 ff.

Teilweise sind diese Theorien ohne weiteres als veraltet zu bezeichnen. So beispielsweise die "Mandats-theorie"²⁷⁾, die noch aus der Zeit vor der scharfen dogmatischen Trennung von Auftrag und Vollmacht stammt, und nach welcher der Aussteller die Rechtsstellung des Mandanten, der Blankettnehmer die des Mandatars hat.

Andere Theorien wieder sind speziell auf besondere Erscheinungsformen des Blanketts abgestellt. Sie versuchen nicht, eine Lösung für alle denkbaren Formen des Blanketts zu finden, so dass sie schon allein aus diesem Grunde keine Allgemeingültigkeit für sich in Anspruch nehmen können. Hier ist zunächst zu nennen die "Offertentheorie", die von Sohm²⁸⁾ für die Blankozession und die Blankoanweisung vertreten wird. Nach Sohm stellt die Blankozession eine unfertige Zession dar - der Name des Zessionars fehlt ja noch; sie ist deshalb nur als "Offerte ad incertam personam" zu werten. Diese Theorie wird von Sohm selbst²⁹⁾ für das Blankoakzept abgelehnt, kann also nach der eigenen Darstellung ihres Vertreters keine Geltung für alle Blankettfälle beanspruchen.

Nur für eine bestimmte Blankettform entwickelt ist auch die "Theorie der perfekten Erklärung"³⁰⁾, die ebenfalls für die Blankozession vertreten wird. Nach dieser Theorie liegt in der Hingabe des Blanketts bereits ein fertiger Vertrag, demzufolge der Blankettnehmer Zessionar wird mit der facultas alternativa, den Gläubiger nach seiner Wahl einzusetzen. Weiterhin ist zu nennen die

²⁵⁾ S.13 ff.

²⁶⁾ S.21 ff.

²⁷⁾ Striethorst Bd. 25, S.304

²⁸⁾ a.a.O., S.70 ff. vgl. auch Mansfeld, a.a.O., S.181 ff.

²⁹⁾ a.a.O., S.80

³⁰⁾ Stempel, S.38 ff.

auf die Wechselblankette abgestellte "Bedingungs-
theorie"³¹⁾, nach der mit der Blanketthingabe eine fertige Wechselverpflichtungserklärung abgegeben ist; sie sei nur durch die spätere Ausfüllung bedingt, die dann ex tunc wirke.- In diesem Zusammenhang ist schliesslich noch die "Vorvertragstheorie" zu nennen, die u.a. von Latz³²⁾ für das Blankoakzept vertreten wird. Nach dieser Theorie wird mit der Hingabe des Blanketts ein Vorvertrag zwischen Blankettgeber und Blankettnehmer geschlossen. Dass diese Theorie beispielsweise für die Blankobürgschaft nicht gelten kann^{32a)}, geht schon allein daraus hervor, dass die Parteien des endgültigen Bürgschaftsvertrages der Bürge und der Gläubiger sind, der ausfüllende Schuldner als Partner des angeblichen Vorvertrages also überhaupt nicht Vertragspartei des Bürgschaftsvertrages sein kann³³⁾

Es erübrigt sich, näher auf diese Theorien und die Bedenken, denen sie sonst noch begegnen, einzugehen. Es genügt vielmehr, auf die bereits erwähnten Darstellungen bei Zwirner, Bornemann und Wächter³⁴⁾ zu verweisen, wo die genannten Theorien -zumeist mit übereinstimmenden Gegenargumenten- abgehandelt sind.

Alle diese Theorien weisen ausser den dort gegen sie vorgebrachten Argumenten noch einen weiteren, ihnen gemeinsamen Mangel auf: Man vermisst bei Ihnen eine präzise rechtliche Qualifizierung der Rechtsstellung des Blankettnehmers, der das Blankett ausfüllt, und dem bei der Ausfüllung ja eine irgendwie rechtlich einzuordnende Befugnis zur Seite stehen muss. Erst

³¹⁾ vgl. Grünhut, a.a.O., Bd.I, S.446

³²⁾ a.a.O., S.38

^{32a)} vgl. das eingangs erwähnte Beispiel

³³⁾ vgl. Bornemann, S.16, Wächter, S.23

³⁴⁾ vgl. N. 24-26

diese Qualifizierung der Rechtsstellung des Blankettnehmers gegenüber dem Blankettgeber und des Wesens des ihm übertragenen "Ausfüllungsrechtes" ermöglicht aber ein weiteres Vordringen in der Frage, nach welchen Vorschriften sich die Haftung des Blankozeichners regelt, wenn der Blankettnehmer sich nicht an die getroffenen Vereinbarungen hält, sondern das Blankett abredewidrig ausfüllt.

Auch die von Zwirner³⁵⁾ selbst vertretene "Theorie des mit dem Blanketteigentum verbundenen Gestaltungsrechtes" ist nicht frei von diesem Mangel. Nach dieser Theorie ist das Ausfüllungsrecht "ein vom Aussteller eines Blanketts einem anderen eingeräumtes unwiderrufliches Bestimmungsrecht über den Inhalt der in dem ihm übereigneten Blankett aufzunehmenden Willenserklärung"³⁶⁾

Abgesehen davon, dass diese Konstruktion, nach der nur der Blanketteigentümer Ausfüllungsberechtigter und das Ausfüllungsrecht ein unselbständiges Gestaltungsrecht ist, das mit dem Eigentum am Blankett steht und fällt, zum mindesten für die Blankourkunden des bürgerlichen Rechtes an sich schon bedenklich ist³⁷⁾, so bleibt doch auch bei dieser Theorie die Frage völlig offen, nach welchen gesetzlichen Vorschriften sich dieses Gestaltungsrecht regelt, und welche Bestimmungen für die Beurteilung der Haftungsfrage heranzuziehen sind, wenn die Ausfüllung unter Überschreitung des Ausfüllungsrechtes erfolgt.-

Eine wirkliche Grundlage für die Lösung unseres Problems können daher nur die Theorien geben, die versuchen, das "Ausfüllungsrecht" einem dem Rechtssystem bekannten

³⁵⁾ S. 59 ff.

³⁶⁾ a.a.O., S.62

³⁷⁾ In dem eingangs erwähnten Beispiel werden weder der Bürge A, noch der Schuldner B selbst den Willen haben, den Schuldner zum Papiereigentümer zu machen; vgl. hierzu auch Wächter, S.26

Rechtsbegriff unterzuordnen oder es analog einer der im Gesetz geregelten Rechtsfiguren zu behandeln.

1. Hier ist zunächst zu nennen die von Siegel³⁸⁾ begründete, von Voss³⁹⁾ weiterentwickelte und in neuerer Zeit von Bornemann⁴⁰⁾ vertretene Vollmachts-Theorie⁴¹⁾. Nach dieser Theorie ist das Ausfüllungsrecht Vollmacht; der ausfüllende Blankettnehmer hat die rechtliche Stellung eines Vertreters des Blankozeichners.

Die Vollmachtstheorie ist aus folgenden Überlegungen abzulehnen⁴²⁾:

Für eine rechtliche Qualifizierung des Blankettnehmers als Stellvertreter im Sinne der §§ 164 ff. BGB wäre Voraussetzung, dass er bei der Ausfüllung eine eigene Willenserklärung im Namen des Blankozeichners abgibt, deren Rechtswirkungen diesen treffen.

Im letzten Punkte bestehen keine Bedenken gegen die Vollmachtstheorie; denn dass die Wirkungen der in der ausgefüllten Urkunde enthaltenen Erklärung in der Person des Blankozeichners eintreten, ist

³⁸⁾ Die Blanketterklärung, 1908, und Lepiz.Z.1909, Sp.531 ff.

³⁹⁾ Iher.Jb., Bd.56, S.412 ff.

⁴⁰⁾ Die Blankobürgschaft, 1934

⁴¹⁾ Von dieser Theorie wird offenbar auch noch in der neuesten Auflage von Stein-Jonas, Anm.I, 1 zu § 416 ZPO ausgegangen.

⁴²⁾ Mit der hier vertretenen Auffassung übereinstimmend, teilweise mit abweichenden Gegenargumenten: Wächter, S.26 ff.; Müller, S.27; Zwirner, S.48; Jaeger, Anm.16 zu § 1 KO; Staudinger-Riezler, 10.Auflg., § 126, Anm.IV, 1; Schumann, Wechsel-fälschung, S.98, N.243; v. Tuhr, u.V., S.93

unbestreitbar. Dagegen ergeben sich schon hinsichtlich des anderen Erfordernisses, des Handelns in fremden Namen, Bedenken. Aus § 164 Abs. I BGB ergibt sich, dass wenigstens aus den Umständen erkennbar sein muss, dass die Wirkungen des von dem Vertreter vorgenommenen Rechtsgeschäftes nicht in seiner Person, sondern in der des Vertretenen eintreten sollen. Es ist zum mindesten fraglich, ob dieser Grundsatz der Offenkundigkeit der Stellvertretung bei der Blankettausfüllung in jedem Falle gewahrt ist.

Es ist doch denkbar, dass der Erklärungsempfänger erst die vollständig ausgefüllte Urkunde zu Gesicht bekommt, der er nicht mehr ansehen kann, dass sie aus einem Blankett entstanden ist. Weiss in einem solchen Falle der Erklärungsempfänger nicht einmal, dass der Blankettnehmer an der Herstellung der Urkunde überhaupt beteiligt war, dann ist es für ihn erst recht nicht erkennbar, ob der Ausfüllende im eigenen oder fremden Namen handelte. Doch enthält diese Feststellung noch nicht das entscheidende Argument gegen die Vollmachtstheorie, denn auch in den Fällen der Unterzeichnung mit dem Namen des Vertretenen, die heute ja allgemein anerkannt wird⁴³⁾, wird dem Empfänger schon die Mitwirkung des Vertreters oft verborgen bleiben⁴⁴⁾.

43) über die Zulässigkeit vgl. die Plenarentscheidung RGZ 74/69; RGRK, Anm. 2 zu § 126 BGB; Ennecc. Nipperd. I, 2, § 155, I, 2 f.

44) Zu dem "gesetzlichen Fernwirkungserfordernis des Handelns in fremdem Namen" vgl. neuerdings auch Ohr, a.a.O.: Für eine Fernwirkung (Vertretungswirkung) genügt in jedem Falle die Einigkeit über die Parteien, in deren Personen die Rechtswirkungen des Geschäftes eintreten sollen, mag

Scheitern muss eine rechtliche Einstufung des Ausfüllenden als Stellvertreter des Blankozeichners aber daran, dass der Vertreter im Sinne der §§ 164 ff. BGB eine eigene Willenserklärung abgibt, während der ausfüllende Blankettnehmer "eine Willenserklärung des Blankozeichners ins Leben ruft", wie Siegel -ein Verfechter der Vollmachtstheorie!- selbst sagt⁴⁵⁾. Doch ist diese Auffassung, dass die durch die Ausfüllung vervollständigte Urkunde eine Willenserklärung des Unterzeichners enthalte, näher zu begründen, denn es wird auch die Ansicht vertreten, dass der ausfüllende Blankettnehmer eine eigene Willenserklärung abgebe⁴⁶⁾.

Nach v. Tuhr⁴⁷⁾ gilt die ausgefüllte Urkunde, "weil sie vom Aussteller unterzeichnet ist, als seine Erklärung". Deutlicher sagen die Motive (Bd.I, S.184): "Die Unterschrift bekundet, dass die niedergeschriebene die zum Abschluss gelangte Erklärung des Unterschreibenden ist. Das Unterschreiben eines von fremder Hand abgefassten Schriftstückes steht dem Unterschreiben des von dem Erklärenden eigenhändig Geschrie-

die Handlungspartei (d.h.derjenige, der in fremden Namen handelt) erkennbar gewesen sein oder nicht (S.239). Das Erfordernis des Handelns in fremden Namen trägt ja nur der Tatsache Rechnung, dass die Erklärung eines Willensentschlusses ohne einen besonderen Hinweis oder besondere Umstände des Falles den Gegner auf den Willen zur eigenen Verpflichtung hinweist, so dass es also aus diesem tatsächlichen Grunde notwendig ist, den Vertretungswillen besonders zu betonen (S.223, vgl.insbes. auch S.223).

⁴⁵⁾ Blanketterklärung S.16

⁴⁶⁾ Bornemann, S.11

⁴⁷⁾ II,1 § 61, II,3, S.415

benen gleich". Mit etwas anderer Formulierung wird derselbe Gedanke in einer Entscheidung des Reichsgerichts⁴⁸⁾ zum Ausdruck gebracht, in welcher ausgeführt ist, dass der Unterzeichnende sich durch die Unterschrift den Inhalt der vor oder mit seinem Willen nach der Unterschrift vollzogenen Niederschrift "aneigne".

Alle diese Auffassungen beruhen auf dem Grundgedanken, dass das Unterschreiben ein Verhalten sei, das nach den Anschauungen des Verkehrs den Schluss rechtfertige, der Unterzeichner wolle das, was der vor oder nach der Unterschrift niedergeschriebene Text enthält⁴⁹⁾. Der Vollzug der Unterschrift enthält -wie Lehmann⁵⁰⁾ es ausdrückt- eine Wiederholung des im Texte der Urkunde Gesagten wie das "ja" auf eine längere Frage. Damit rechtfertigt sich aber zugleich der von der Verkehrsauffassung ganz allgemein gezogene Schluss aus der Unterschrift auf den Aussteller der Urkunde, d.h. denjenigen, der die in der Urkunde enthaltene Erklärung abgegeben hat. Auf dieser Grundlage beruht schliesslich auch die Beweisregel des § 440, Abs.2 ZPO.

Enthält somit -zum mindesten im Falle weisungsgemässer Ausfüllung- das ausgefüllte Blankett keine Erklärung des Blankettnehmers, so ist seine Charakterisierung als Vertreter unhaltbar.

In einer Dissertation versucht nun Bornemann⁵¹⁾, der auch die Vollmachtstheorie vertritt, den Nachweis zu führen, dass entgegen der herrschenden und auch hier vertretenen Auffassung der Blankettneh-

48) RGZ 62/172 (175)

49) Ähnlich Siegel, Blanketterklärung, S.14,16

50) Unterschrift, S.28

51) Die Blankobürgschaft, S.11 f., S.30 ff.

mer bei der Ausfüllung tatsächlich eine eigene Willenserklärung abgebe. Er stützt sich dabei vor allem auf die bereits zitierte⁵²⁾ Rechtsprechung des Reichsgerichts zur Unterzeichnung mit dem Namen des Vertretenen. Im Anschluss an diese Rechtsprechung führt er aus: Wenn man lediglich von der Unterschrift ausginge, müsste man auch im Falle der Unterzeichnung mit dem Namen des Vertretenen eine Erklärung des Vertretenen annehmen, da ja auch hier der Schein einer von diesem eigenhändig unterschriebenen Erklärung vorliege. Dennoch behaupte niemand, dass es sich bei dem mit dem Namen des Vertretenen unterzeichneten Text um dessen Erklärung handele⁵³⁾. Auf den ersten Blick scheint dieser Vergleich bestechend zu sein, doch ist Bornemann entgegenzuhalten, dass im Falle der Blanketterklärung, im Gegensatz zur Unterzeichnung mit fremdem Namen, tatsächlich eine echte eigenhändige Unterschrift des Blanketturhebers vorliegt, während in dem anderen Falle in Wahrheit der Vertreter unterzeichnet hat, und der Namenszug des Vertretenen tatsächlich nur ein "trügerisches Indiz"⁵⁴⁾ ist.

Ausserdem steht die Auffassung Bornemanns, das ausgefüllte Blankett enthalte eine Erklärung des Ausfüllenden, auch im Widerspruch zu dem Willen der Beteiligten. Um bei dem Beispiel der Blankobürgerschaft, von dem Bornemann ja ausgeht, zu bleiben: Der Bürge als Blankozeichner will ja, dass die durch den Schuldner vervollständigte Blanketterklärung von dem Gläubiger als seine (des Bürgen) Erklärung hingenommen werde. Zu diesem Zweck gibt er ja das Blankett! Ginge die Absicht des Bürgen dahin, den Schuldner an seiner Stelle die Bürgschaftserklärung abgeben zu lassen, so brauchte

⁵²⁾ oben N. 43

⁵³⁾ a. a. O., S. 12

⁵⁴⁾ Wächter, S. 18

er diesen ja nur zu bevollmächtigen, ohne dass für die Erteilung der Vollmacht eine besondere Form erforderlich wäre (§ 167, II BGB).

Schliesslich gerät Bornemann, wenn er von einer Erklärung des Ausfüllenden ausgeht, auch mit der Formvorschrift des § 126 BGB in Schwierigkeiten; denn § 126 verlangt ja die eigenhändige Unterzeichnung durch den "Aussteller" der Urkunde. Aussteller der Urkunde aber ist der "Urheber der Erklärung" (so noch § 92 des ersten Entwurfes), d.h. derjenige, der die in der Urkunde enthaltene Willenserklärung abgegeben hat⁵⁵⁾. Gibt der Ausfüllende, wie Bornemann behauptet, eine eigene Erklärung ab, dann muss er, wenn eine nach § 126 BGB gültige Urkunde zustandekommen soll, als Aussteller im Sinne dieser Vorschrift auch selbst unterzeichnen!

Die Ausführungen Bornemanns sind daher m.E. nicht geeignet, die herrschende Meinung zu widerlegen, nach welcher die durch den Ausfüllenden vervollständigte Urkunde eine Erklärung des Unterzeichners enthält⁵⁶⁾.

2. Enthält die ausgefüllte Urkunde keine Erklärung des Blankettnehmers, sondern verwendet dieser lediglich die Blankounterschrift dazu, eine Willenserklärung des Blankozeichners zu vervollständigen oder zur Entstehung zu bringen, so könnte man zu der Annahme neigen, er habe lediglich die Stellung eines unselbständigen Erklärungsgehilfen (Schreibgehilfen), d.h. einer dem Boten ähnlichen Hilfskraft, und für die

⁵⁵⁾ vgl. statt aller Ennecc.-Nipperd., I, 2, § 155, I, 2, e, S. 655 und Lehmann, Unterschrift, S. 45, 47

⁵⁶⁾ vgl. Ennecc.-Nipperd. I, 2 § 155, I, 2, c, S. 654; v. Tuhr, II, 1, § 61, II, 3 S. 415; Ennecc. Lehmann, § 191, II, 3, S. 740; Planck, § 119, Anm. II, 3; Oertmann, § 126, Anm. a, B, BB; Wächter, S. 17 f., 28 ff; Müller S. 27, 31 ff.; Zwirner, S. 48

Beurteilung seiner Tätigkeit seien demzufolge die für den Boten geltenden Grundsätze und gesetzlichen Vorschriften heranzuziehen.

Diese Theorie wird von Müller⁵⁷⁾ und im Anschluss an diesen auch von Nischik⁵⁸⁾ vertreten.

Der Unterschied zwischen dem Schreibgehilfen und dem Boten besteht darin, dass der Schreibgehilfe beim Zustandekommen einer fremden Willenserklärung mitwirkt, während der Bote i.S. des § 120 BGB die bereits abgegebene Erklärung des Geschäftsherrn übermittelt⁵⁹⁾. Müller⁶⁰⁾ macht hierzu folgende Ausführungen:

Nimmt der Inhaber der Blankounterschrift auf Grund eines ihm zustehenden gültigen Ausfüllungsrechtes die Ergänzung vor, so schaffe er dadurch einen Teil der Willenserklärung des Ausstellers, der mit dem schon vorhandenen Teile -der Blankounterschrift- zusammen die vollständige Willenserklärung darstelle. Müller fährt fort: "In dieser Ausfüllungstätigkeit ist er Erklärungsgehilfe des Ausstellers.

Er wirkt mit bei der Entstehung der Erklärung, ohne selbst eine Willenserklärung dabei abzugeben. Er übt eine Gehilfentätigkeit aus, die nach aussen nicht hervortritt, ist somit innerer Erklärungsgehilfe des Ausstellers, im Gegensatz zum Boten, dem äusseren Erklärungsgehilfen, der die bereits fertige Willenserklärung dem Erklärungsempfänger überbringt. Wenn der Ausfüllende die Ausfüllung auch kraft eigenen Rechts dem Aussteller gegenüber vor-

57) a.a.O., S. 56 ff.

58) a.a.O., S. 31

59) Lehmann, § 36, I, 1, a S. 280, bringt für Schreibgehilfenschaft das Beispiel, dass ein Angestellter einen Bürgschaftsschein auf Vorsprechen nachschreibt.

60) S. 56.

nimmt, so wirkt er nach aussen, da er nur zur Vervollständigung einer bereits teilweise vorhandenen Erklärung beiträgt, als unselbständiger, den Willen des Geschäftsherrn ausführender Gehilfe. Als solcher hat er dieselbe rechtliche Stellung wie der Bote. Da das Gesetz nun für die Beurteilung des Verhaltens des inneren Erklärungsgehilfen keine besonderen Richtlinien aufstellt, so muss man die für den äusseren Gehilfen, den Boten geltenden Vorschriften zur Beurteilung heranziehen."

Gegenüber diesen Ausführungen Müllers soll nicht verkannt werden, dass derjenige, dem eine Blanko-unterschrift zur Ausfüllung überlassen ist, im Einzelfalle die Rechtsstellung eines unselbständigen Erklärungsgehilfen haben kann⁶¹⁾.

Eine solche rechtliche Bewertung als blosser Erklärungsgehilfe steht aber unter der Voraussetzung, dass dem Ausfüllenden der Inhalt der niederzulegenden Erklärung vom Blankozeichner bereits genau vor-

61) Auch Siegel, der Begründer der Vollmachtstheorie, sagt an einer Stelle (Blanketterklärung, S.20), dass in den Fällen, in denen der Ausfüllende nach besonderen Weisungen des Unterzeichners handele, er die dem Boten analoge Stellung eines Schreibgehilfen habe. Ebenso spricht das Reichsgericht in einem Falle, in dem ein Bürogehilfe eine mit dem Namen des Geschäftsherrn versehene Postkarte dessen Weisungen zuwider ausfüllte, von einer Anwendung des § 120 BGB (RGZ 105/183 (186)), behandelt also den Ausfüllenden als Erklärungsgehilfen. In einem anderen Falle jedoch, in dem es sich um missbräuchliche Ausfüllung von Blankoabtretungserklärungen handelt, spricht es von einer entsprechenden Anwendung der §§ 171/172 BGB (RGZ 81/257 (261)), neigt also offensichtlich mehr zu einer dem Bevollmächtigten ähnlichen Rechtsstellung des Ausfüllenden.

geschrieben ist, und dass ihm ferner keinerlei Entscheidungsfreiheit darüber eingeräumt ist, ob und wann er das Blankett ausfüllt. Nur in einem solchen Falle wird man sagen können, der Ausfüllende werde tätig als "mechanisch funktionierendes Werkzeug des sich nicht persönlich erklärenden Geschäftsherrn"⁶²⁾. Es ist aber nicht möglich, die Rechtsstellung des Ausfüllenden auch dann der eines blossen Erklärungsgehilfen gleichzustellen, wenn dem Blankettnehmer nach der Vereinbarung mit dem Blankozeichner eine Entscheidung über den Inhalt oder die Verwendung des auszufüllenden Blanketts zustehen soll, wenn ihm also m.a.W. nicht nur die schriftliche Niederlegung der Erklärung überlassen, sondern eine -wenn auch absprachemässig begrenzte- Willensentschliessung eingeräumt ist, ob und mit welchem Inhalt er das Blankett ausfüllt⁶³⁾.

Müller sagt an anderer Stelle⁶⁴⁾ ja selbst, der Ausfüllungsberechtigte habe nicht nur die normalerweise dem Erklärungsgehilfen zukommende Verrichtung mechanischer Wiedergabe der Willenserklärung des Geschäftsherrn; ihm sei "vielmehr die Möglichkeit eingeräumt, auf die Willenserklärung des Ausstellers kraft eigenen Willens einzuwirken (!)". Daraus folgt aber doch zwangsläufig, dass der Blankettnehmer, wenn ihm eine solche Möglichkeit eingeräumt ist, eine über die blossе Tätigkeit eines Erklärungsgehilfen hinausgehende Rechtsstellung hat, und dass man die dem Erklärungsgehilfen obliegende Verrichtung nicht auf eine Stufe stellen kann mit dem Ausfüllungsrecht des Blankettnehmers, das Müller selbst definiert als ein "Gestaltungsrecht, dessen Inhalt die Macht zur Gestaltung konkreter Rechtsbeziehungen durch einseitigen Willensakt ist"⁶⁵⁾.

⁶²⁾ vgl. Staudinger-Riezler, Vorbem. 2 vor § 164 BGB

⁶³⁾ insoweit zutreffend Bornemann, S. 23/24

⁶⁴⁾ S. 30

⁶⁵⁾ a.a.O., S. 33

3. Nach den bisherigen Ausführungen liegt die Annahme nahe, dass sich das "Ausfüllungsrecht" des Blankettnehmers überhaupt keiner Figur unseres Rechtssystems unmittelbar unterordnen lässt.

Es gewährt dem Blankettnehmer die Befugnis, durch eigene Tätigkeit, nämlich die Ausfüllung des Blanketts, rechtliche Wirkungen in der Person eines Dritten (des Blankettgebers) hervorzurufen und auf dessen Rechtssphäre einzuwirken. Es wird daher mit Recht von vielen als Gestaltungsrecht bezeichnet ⁶⁶⁾.

Der Einordnung des Ausfüllungsrechtes in die Gestaltungsrechte steht nicht entgegen, dass die Ausübung des Ausfüllungsrechtes nicht durch eine eigene rechtsgeschäftliche Willenserklärung des Ausfüllenden erfolgt; die durch die Rechtshandlung der Ausfüllung niedergelegte Erklärung ist ja, wie wir gesehen haben, eine Willenserklärung des Blankozeichners.

Während Seckel⁶⁷⁾ das Gestaltungsrecht noch definierte als "subjektives Privatrecht, dessen Inhalt die Macht zur Gestaltung konkreter Rechtsbeziehungen durch einseitiges Rechtsgeschäft ist", fallen nach der heute üblichen Begriffsbestimmung unter die Gestaltungsrechte auch solche Befugnisse, deren Ausübung durch eine sonstige Rechtshandlung (im wei-

⁶⁶⁾ vgl. v. Tuhr, II, 1, § 61, II, 3, S. 415; Ennecc. Lehmann, § 78, II, 5, S. 298; Staub-Stranz, WG, Art. 10, Anm. 5; Jaeger, KO, § 1, Anm. 16; Müller, S. 31-33; Schmalz, S. 31 ff; Zwirner, S. 60; Nischik, S. 19; vgl. auch Haussmann, S. 304: Das Ausfüllungsrecht ist ein "Dispositionsrecht über den Inhalt einer fremden Willenserklärung".

⁶⁷⁾ a.a.O., S. 210

teren Sinne) erfolgt⁶⁸⁾.

Das Ausfüllungsrecht nimmt in der Gruppe der Gestaltungsrechte nur insofern eine Sonderstellung ein, als die Gestaltungsrechte sonst regelmässig unmittelbar auf die Erreichung eines bestimmten Rechtserfolges, nämlich die Begründung, Aufhebung oder Abänderung eines Rechtsverhältnisses, gerichtet sind, während das Ausfüllungsrecht unmittelbar nur auf die Schaffung einer fremden Willenserklärung gerichtet ist, die dann ihrerseits die Begründung eines Rechtsverhältnisses zur Folge hat.

Näher auf das Wesen des Ausfüllungsrechtes einzugehen, ist für die Beantwortung der Frage, nach welchen gesetzlichen Vorschriften das Ausfüllungsrecht und insbesondere die Rechtsfolgen seines Fehlens und seiner Überschreitung beim Blankettmissbrauch zu beurteilen sind, nicht notwendig. Ist nach den obigen Ausführungen (unter B,I,1) die Ausfüllung des Blanketts kein Akt der Stellvertretung und die Befugnis hierzu nicht als Vollmacht zu bezeichnen, so weisen doch beide Vorgänge -Stellvertretung und Blankettausfüllung- ähnliche Züge auf, vor allen hinsichtlich des erstrebten Zweckes und Erfolges⁶⁹⁾.

In beiden Fällen soll der Ermächtigte (in einem weiteren, die Vollmacht mitumfassenden Sinne) aufgrund der ihm übertragenen Befugnis die Mög-

⁶⁸⁾ vgl. Lehmann, § 12, I,1,b,a S. 75: Der Inhaber eines Gestaltungsrechtes hat die Befugnis, durch eine Willenserklärung oder Handlung auf eine bestehende Rechtslage einzuwirken, ein Rechtsverhältnis mit gegenwärtigen Pflichten zu begründen, zu ändern, aufzuheben oder sonst zu beeinflussen.

⁶⁹⁾ So auch v. Tuhr, u.V., S. 94 und Allgem.T. II,1, § 61, II,3 S. 415; vgl. auch Oertmann, Vorbem.10 vor § 398; Wächter, S. 38.

lichkeit haben, durch eigenes Handeln aufgrund eigenen Willensentschlusses Verpflichtungen für den Ermächtigenden zu begründen. Der Unterschied besteht nur in dem Mittel der Ausübung dieser Befugnis: Im Falle der Stellvertretung geschieht sie durch eigene Willenserklärung, im Falle der Blankettausfüllung durch Schaffung einer fremden Willenserklärung.

Diese gemeinsamen Züge von Stellvertretung und Blankettausfüllung rechtfertigen eine analoge Anwendung der gesetzlichen Vorschriften über die Vertretungsmacht auf die im Gesetz nicht geregelte Befugnis zur Ausfüllung eines Blanketts^{69a)}.

Ob eine solche Analogie zu den Vorschriften des Stellvertretungsrechtes auch für den Fall des Blankettmissbrauchs möglich erscheint und zu billigenwerten Ergebnissen führt, wird in den folgenden Abschnitten eingehend zu erörtern sein.

II. Die Folgen der Überschreitung des Ausfüllungsrechtes:

Geht man davon aus, dass der Blankettnehmer eine dem Bevollmächtigten ähnliche Rechtsstellung hat und auf seine Tätigkeit die Vorschriften des Rechtes der Stellvertretung entsprechend anzuwenden sind, so erscheint es zunächst als selbstverständliche Folge, dass eine für den Blankettgeber verbindliche Willenserklärung nicht entstehen kann, wenn dem

^{69a)}

Ebenso v. Tuhr und Wächter a.a.O.

Blankettnehmer kein der tatsächlichen Ausfüllung entsprechendes Ausfüllungsrecht zur Seite steht⁷⁰⁾.

Auch der falsus procurator, der die ihm erteilte Vollmacht überschreitet oder gar gänzlich ohne jede Vollmacht handelt, kann ja, grundsätzlich jedenfalls, insoweit keine Rechtswirkungen in der Person des Vertretenen hervorrufen (§§ 177 ff. BGB). Das Fehlen des Ausfüllungsrechtes als Dispositionsrecht über den Inhalt einer fremden Willenserklärung wirkt sich ähnlich aus wie das Fehlen der Vertretungsmacht: Es fehlt die Macht zur Einwirkung in den fremden Rechtskreis des Blankettgebers. Die Ermächtigung zur Ausfüllung des Blanketts, die Einhaltung des Ausfüllungsrechtes, ist daher ein "notwendiges Zwischenglied"⁷¹⁾ in der rechtlichen Konstruktion der für den Blankozeichner verbindlichen Blankettausfüllung.

Soll der Blankozeichner auch bei Überschreitung des Ausfüllungsrechtes entsprechend der in der ausgefüllten Urkunde niedergelegten Erklärung haften, wie die herrschende Meinung -allerdings zum Teil ohne eigentliche Begründung- ja annimmt⁷²⁾, so bedarf es eines besonderen Rechtsgrundes für diese Haftung.

Im folgenden soll dargestellt werden, wie die vielfach vertretene Auffassung, der Blankettnehmer bringe auch bei absprachewidriger Ausfüllung eine für den Blankettgeber, vorbehaltlich der Anfechtung, verbindliche Willenserklärung zur Entstehung, begründet wird:

70) weil er etwa die bei der Erteilung des Ausfüllungsrechtes gesteckten Grenzen überschreitet oder Bedingungen, an die das Ausfüllungsrecht vereinbarungsgemäss geknüpft war, nicht eingetreten sind.

71) Voss, a.a.O., S. 436

72) vgl. oben N. 5

Enneccerus-Nipperdey⁷³⁾ und Lehmann⁷⁴⁾ stellen diese Haftung des Blankettgebers nur fest, ohne jedoch eine eigene Begründung zu geben.

Eine überzeugende Begründung fehlt auch bei Oertmann. Oertmann, der bei der Blankoabtretung in der Aushändigung der Blankozessionsurkunde die "Ermächtigung, den Akt durch Ausfüllung des Namens zu vervollständigen" sieht und dort die Regeln der Vollmacht für entsprechend anwendbar erklärt⁷⁵⁾, verzichtet in den Erläuterungen zum Allgemeinen Teil⁷⁶⁾ auf eine nähere Qualifizierung des Rechtsverhältnisses zwischen Bankettnehmer und Blankettgeber und hält die Vorstellung für ausreichend, "dass der Aussteller des Blanketts die demnächstige Ausfüllung antizipativ zum Bestandteil seiner eigenen Erklärung macht". Er versagt dem Blankettgeber den Einwand der missbräuchlichen Ausfüllung, da dieser den "von ihm geschaffenen oder doch ermöglichten Inhalt sinngemäss gegen sich gelten lassen" müsse. Aus welchem Rechtsgrund diese Beschränkung in der Geltendmachung von Einwänden eintritt, wird nicht angegeben. Die Ausführungen Oertmanns lassen insbesondere offen, warum dem Blankettgeber der Nachweis versagt sein soll, den missbräuchlich über die Unterschrift gesetzten Text -an den er möglicherweise nie gedacht hat- eben nicht "antizipativ zum Bestandteil seiner Erklärung" gemacht zu haben! Die Verkehrssicherheit, auf die Oertmann sich beruft, stellt als solche allein noch keinen Rechtsgrund dar.

73) I, 2, § 155, I, 2, c, S. 654/655 und § 167, II, 1, S. 712

74) § 31, I, 1, S. 240

75) Vorbem. 10 vor § 398 BGB

76) § 126, Anm. a, B, 88

Eine befriedigende Erklärung der Haftung vermisst man auch bei v. Tuhr. Wie bereits dargestellt, bezeichnet er das Ausfüllungsrecht als "eine der Vollmacht ähnliche, aber von ihr zu unterscheidende Befugnis, welche man zu den Gestaltungsrechten rechnen kann"⁷⁷⁾ die "nach Analogie der Vollmacht zu behandeln" ist⁷⁸⁾. Man erwartet daher, dass er bei Fehlen des Ausfüllungsrechtes die Vorschriften über den Vertreter ohne Vertretungsmacht (§§ 177 ff. BGB) entsprechend anwende und die Haftung des Blankettgebers verneine, oder aber, dass er die Haftung des Blankettgebers aus einer entsprechenden Anwendung der übrigen gesetzlichen Bestimmungen über die Vertretungsmacht -insbes. §§ 171, 172 BGB- herzuweisen versuche⁷⁹⁾. Stattdessen fährt v. Tuhr an der zuerst angeführten Stelle ohne jede weitere Begründung fort: "Wird die Grenze dieser Befugnis überschritten, so gilt die Urkunde trotzdem, weil sie die Unterschrift des Ausstellers trägt, als seine Erklärung". Mit anderen Worten: Der Mangel des Ausfüllungsrechtes auf Seiten des Ausfüllenden wird nach Ansicht v. Tuhrs für den Dritten als Erklärungsempfänger gedeckt durch das blosse Vorhandensein der Unterschrift des Ausstellers. Dass v. Tuhr diese Wirkung als ein besonderes Charakteristikum der begebenen Blankounterschrift und nicht etwa als generelle Folge jeder Namensschrift ansieht, geht aus seinen weiteren Ausführungen hervor. Dort⁸⁰⁾ sagt er nämlich: Wenn eine Erklärung, die der Aussteller als vollständig betrachte, unbefugterweise mit Zusätzen versehen würde, könnten diese Zusätze, da sie nicht Bestandteil seiner Erklärung seien, von ihm als Fälschungen zurückgewiesen werden. Ebenso könne der Namensträger eine Erklärung als Fälschung zurückweisen, "wenn einem Namenszug, den jemand nicht als antizipierte Unterschrift geschrieben hat, durch unbefugtes Voransetzen eines

⁷⁷⁾ Allgem.T., II,1, § 61, II,3, S. 415

⁷⁸⁾ u.V., S. 94

⁷⁹⁾ wie etwa in neuerer Zeit Bornemann, S. 35 und Wächter, S. 44; vgl. unten B, III, 2,a

⁸⁰⁾ II,1, § 61, II,3, S. 415, N.84

Textes der Schein einer Unterschrift verliehen wird".

Man vermisst nun eine nähere rechtliche Darstellung und Begründung dieser nach Auffassung v. Tuhrs der Blankounterschrift zukommenden Kraft, die es dem Ausfüllenden ermöglicht, auch bei Überschreitung des Ausfüllungsrechtes eine für den Blankettgeber verbindliche Willenserklärung entstehen zu lassen.-

Auch Siegel, der Begründer der Vollmachtstheorie, geht bei der Begründung der Haftung des Ausstellers trotz Überschreitung des Ausfüllungsrechtes von der Unterschrift des Blankozeichners aus, ohne jedoch eine in allen Punkten befriedigende Erklärung zu geben. Er argumentiert wie folgt⁸¹⁾: Soweit die Bevollmächtigung des Ausfüllenden in Betracht komme, werde bei missbräuchlicher Ausfüllung der Aussteller nicht gebunden, da die Handlung des Ausfüllenden dem Aussteller gegenüber "nur soweit definitiv wirksam" sein könne, als dem Ausfüllenden Vollmacht erteilt sei. Unabhängig von diesem Gesichtspunkt der Bevollmächtigung sei jedoch zu berücksichtigen, dass der Aussteller dem Ausfüllungsberechtigten durch die Blanketthingabe die "faktische Möglichkeit" verschaffe, auch bei absprachewidriger Ausfüllung eine Erklärung des Unterzeichners ins Leben zu rufen, weil das Unterschreiben ein Verhalten sei, das nach der Lebensauffassung den Schluss auf einen dem Inhalt des Textes entsprechenden Willen zulasse (S. 16, 45). Insofern gewinne die Begebung der Blankettunterschrift "eine erhöhte faktische Bedeutung", während "juristisch lediglich Bevollmächtigung vorliege" (S. 28).

Siegel begnügt sich mit der Feststellung dieser durch die Aushändigung des Blanketts für den Ausfüllenden geschaffenen "faktischen Möglichkeit", auch bei Überschreitung des Ausfüllungsrechtes eine für den Unterzeichner zunächst verbindliche Erklärung zu schaffen.

81) Blanketterklärung, S. 16, 28, 45

Eine "faktische Möglichkeit" ist aber nur insoweit eine rechtlich beachtliche Möglichkeit, als ihre rechtlichen Grundlagen und ihre rechtliche Anerkennung nachgewiesen sind. Dieser Nachweis kann jedoch keineswegs schon allein dadurch als erbracht angesehen werden, dass Siegel diese Möglichkeit für den Ausfüllenden auf die Vorstellung des Verkehrs zurückführt, die unterschriebene Urkunde enthalte eine gültige Erklärung des Ausstellers; denn diese Vorstellung wird auch im Falle der nachträglichen Verfälschung einer Urkunde vorhanden sein, ohne dass jedoch in einem solchen Falle den Aussteller eine Haftung entsprechend der verfälschten Urkunde trifft.

Wurden die hier wiedergegebenen Begründungen der von Oertmann, v. Tuhr und Siegel vertretenen Ansichten als nicht durchschlagend bezeichnet, so findet diese Behauptung in folgender Überlegung noch eine weitere Stütze:

Alle drei Autoren gehen von der Unterschrift des Blankettgebers aus, derzufolge der Erklärungsempfänger auch einen abredewidrig vom Ausfüllenden über die Namensschrift gesetzten Text für eine Erklärung des Unterzeichners hält. Es fragt sich aber, ob das Gesetz dieser Auffassung des Erklärungsempfängers nicht schon in § 440, Abs. 2 ZPO in hinreichendem Masse Rechnung trägt, nach welcher Vorschrift die Echtheit der Unterschrift die Vermutung begründet, dass auch der Obertext echt sei. Die Vermutung der "Echtheit" der über der Unterschrift stehenden Schrift besagt, dass diese mit dem Willen des Unterzeichners dort stehe⁸²⁾. Zur Entkräftung der Vermutung ist aber der Nachweis zulässig, dass "der Text nicht mit Wissen und Willen desjenigen, von dem die Unterschrift herrührt, über die letztere....gesetzt worden ist"⁸³⁾.

⁸²⁾ RGZ 64/406 (407); Baumbach, § 440, Anm. 3

⁸³⁾ Stein-Jonas, § 440, Anm. III; ebenso Baumbach, § 440, Anm. 3, B; RGZ 64/406 (408)

Als ein solcher Gegenbeweis gegenüber der Echtheitsvermutung des § 440, Abs.2 ZPO wird in Lehre und Rechtsprechung der Nachweis für ausreichend erachtet, dass die Urkunde durch Missbrauch eines Blanketts entstanden sei⁸⁴⁾.

Der Gesetzgeber gewährt also demjenigen, der auf eine Unterschrift vertraut, eine Vergünstigung nur insofern, als er eine Vermutung aufstellt, deren Widerlegung dem Unterschriftsträger obliegt! Die Vergünstigung liegt also, wenn man so will, auf verfahrensrechtlicher, nicht aber auf materiellrechtlicher Ebene.

Will man dem Blankettgeber die Möglichkeit der Entkräftung dieser Vermutung versagen und ihn in Übereinstimmung mit der herrschenden Meinung auf die Anfechtung der in der missbräuchlich ausgefüllten Urkunde enthaltenen Erklärung beschränken, so bedarf es des Nachweises eines besonderen Rechtsgrundes, der ein Abweichen von dem Prinzip des § 440, Abs.2 ZPO -der lediglich eine Beweisvermutung zugunsten des auf die Unterschrift Vertrauenden aufstellt- für den Fall des Blankettmissbrauchs rechtfertigt⁸⁵⁾.

In dieser Hinsicht genügen aber die von Oertmann, v. Tuhr und Siegel aus der Unterschrift hergeleiteten Argumente in keiner Weise; die dortigen Ausführungen geben keine überzeugende Antwort auf die Frage, warum der Blankettgeber auch bei Überschreitung des Ausfüllungsrechtes dem Texte der ausgefüllten Urkunde gemäss haften und ihm der Einwand des Missbrauchs versagt sein soll.

⁸⁴⁾ vgl. Stein-Jonas, § 416, Anm.IV; Baumbach, § 440, Anm. 3,A; RGZ 57/66 (68)

⁸⁵⁾ Dieser Gesichtspunkt ist zutreffend bereits bei Haussmann, S. 309, herausgestellt.

Da das Gesetz für die Blankette des bürgerlichen Rechts keine Vorschrift enthält, die eine Haftung des Blankettgebers auch bei missbräuchlicher Ausfüllung des Blanketts bestimmt, ist die Frage naheliegend, ob eine derartige Haftung und damit ein Schutz des gutgläubig auf die Urkunde Vertrauenden sich aus einem allgemeinen Prinzip (Rechtsscheinhaftung) oder der analogen Anwendung von Einzelschriften, die einen Vertrauensschutz beinhalten, herleiten lassen.

Diese Fragen bedürfen im folgenden Abschnitt einer eingehenden Prüfung.

III. Die Möglichkeiten einer Rechtsscheinhaftung des Blankettgebers

1. Wie bereits angedeutet, ist bei Erörterung der Frage, ob sich eine Haftung des Blankettgebers aus dem von ihm verursachten äusseren Anschein einer ordnungsgemäss zustande gekommenen Urkunde herleiten lässt, zunächst einmal zu untersuchen, ob unserer Rechtsordnung ein allgemeines Prinzip der Haftung für einen zurechenbar verursachten Rechtsschein eigentümlich ist. Dabei ist von dem engeren Rechtsscheinbegriff im Sinne der Oertmann'schen Darstellung ⁸⁶⁾ auszugehen, der allein dogmatisch brauchbar erscheint.

Das Rechtsscheinproblem in diesem engeren Sinne wird durch die Frage abgegrenzt, ob und inwieweit "gewisse Rechtswirkungen - Rechtserwerb, Schuldbe-freiung usw.- durch Akte des geschäftlichen Ver-kehrs auch dann eintreten können, wenn in der Per-son des Geschäftsgegners nicht alle Voraussetzungen erfüllt sind, von denen der Wirkungseintritt grund-sätzlich abhängig sein würde, vielmehr nur der blos-se Schein des Vorhandenseins dieser in Wahrheit feh-lenden Voraussetzungen vorgelegen hatte"⁸⁷⁾. Diese

⁸⁶⁾ Rechtsschein, S. 443 ff., insbes. S. 456, 457

⁸⁷⁾ Oertmann, a.a.O., S. 458

Umreissung des Rechtsscheinproblems entspricht im wesentlichen der Formulierung eines allgemeinen "Prinzips des Schutzes des Vertrauens auf äussere Tatbestände", wie sie sich bereits bei Wellspacher⁸⁸⁾ findet:

"Wer im Vertrauen auf einen äusseren Tatbestand rechtsgeschäftlich handelt, der zufolge Gesetzes oder Verkehrsauffassung die Erscheinungsform eines bestimmten Rechtes, Rechtsverhältnisses oder eines anderen rechtlich relevanten Momentes bildet, ist in seinem Vertrauen geschützt, wenn jener Tatbestand mit Zutun desjenigen zustande gekommen ist, dem der Vertrauensschutz zum Nachteile gereicht".

Oertmann und Wellspacher glauben, ein solches allgemeines Haftungsprinzip dem geltenden Recht entnehmen zu können und gründen diese Ansicht im wesentlichen darauf, dass der Gesetzgeber in verschiedenen Einzelvorschriften diesen Gedanken der Haftung für einen zurechenbar verursachten äusseren Anschein zum Ausdruck gebracht habe⁸⁹⁾.

In bestimmten Fällen werde nämlich der Mangel einer Wirksamkeitsvoraussetzung eines Rechtsgeschäftes, wie etwa das Fehlen der Vertretungsmacht bei einem Vertretergeschäft, nach dem Willen des Gesetzgebers durch den für ihr Vorhandensein bestehenden Rechtsschein ausgeglichen (§§ 171, 172 BGB; vgl. auch §§ 370, 405, 409 u.a. BGB).

Demgegenüber wird von der Gegenmeinung⁹⁰⁾ gerade aus

⁸⁸⁾ a.a.O., S. 115

⁸⁹⁾ vgl. Oertmann, Rechtsschein, S. 457, 461 f., 465

⁹⁰⁾ vgl. vor allem Ennecc.-Nipperd. I, 1, § 80, II, 3, S. 305, 306; Haussmann, S. 312, 313; Bornemann, S. 35; Wächter, S. 43; Zwirner, S. 106 u.a.

dem Umstand, dass ein Schutz des Vertrauens auf einen äusseren Anschein vom Gesetzgeber nur für Einzelfälle bestimmt ist, die Schlussfolgerung gezogen, dass unserer Rechtsordnung ein allgemeines Prinzip der Haftung für den zurechenbar verursachten äusseren Anschein fehle. Es wird angeführt, alle diese Vorschriften seien Ausnahmevorschriften gegenüber dem Grundsatz, dass in den Fällen, in denen ein bestimmtes Recht trotz eines gegenteiligen äusseren Anscheins in Wirklichkeit nicht bestehe, auch die an ein derartiges Recht geknüpften Folgen regelmässig nicht eintreten könnten⁹¹⁾. Ausserdem seien diese Einzelvorschriften "in ihren Voraussetzungen und Folgen so durchgreifend verschieden", dass auch schon deshalb die Formulierung eines allgemeinen Prinzips ausgeschlossen erscheine⁹²⁾.

In diesem letzten Punkte ist die Kritik an der Rechtsscheintheorie sicherlich unzutreffend, denn in ihren Voraussetzungen und Wirkungen haben alle oben zitierten Vorschriften -unbeschadet der sich aus dem jeweils in Frage stehenden Rechtsgeschäft notwendigerweise ergebenden Verschiedenheiten der Einzelausgestaltung- das Wesentliche gemeinsam: Es wird im Bereich des rechtsgeschäftlichen Verkehrs das Vertrauen auf den äusseren Anschein einer Berechtigung geschützt, und dieser Vertrauensschutz gereicht demjenigen zum Nachteil, der den äusseren Anschein zurechenbar hervorgerufen hat, d.h. also, mit dessen Zutun der äussere Anschein entstanden ist (vgl. §§ 171, 172, 370, 405, 409 BGB).

Auch erscheint es zum mindesten als fraglich, ob man daraus, dass der Gesetzgeber in bestimmten Einzelvorschriften einen Vertrauensschutz normiert, den Schluss ziehen kann, nach dem Willen des Gesetzgebers sollte im übrigen ein Vertrauens-

91) Ennecc. Nipperd. I, 1, § 80, II, 2, S. 304

92) Ennecc. Nipperd. I, 1, § 80, II, 3, S. 305

schutz im Bereiche des rechtsgeschäftlichen Verkehrs nicht Platz greifen. Als diese Vorschriften erlassen wurden, fehlte es noch an einer systematischen Darstellung der Rechtsscheinlehre und vor allem an der Formulierung eines allgemeinen Prinzips, wie es sich bei Wellspacher findet und bei Oertmann im engeren Rechtsscheinbegriff wiederkehrt. Der Gesetzgeber konnte damals gar nicht anders verfahren, als Einzelfälle zu regeln, in denen er ein Bedürfnis nach Vertrauensschutz als gegeben ansah, und denen erst in späterer Zeit von der Lehre gemeinsame Grundlagen nachgewiesen wurden. Der von den Gegnern einer allgemeinen Haftung für zurechenbar verursachten Rechtsschein aus der gesetzlichen Regelung von Einzelfällen gezogene Schluss per argumentum e contrario erscheint daher zum mindesten als sehr unzuverlässig.

Bestehen danach erhebliche Bedenken gegenüber den Argumenten, welche die Gegner eines allgemeinen Prinzips der Rechtsscheinhaftung vorbringen, so darf andererseits aber auch nicht übersehen werden, dass die Lehre von der Haftung für den zurechenbar verursachten Anschein eines Rechtes, jedenfalls für den Bereich des bürgerlichen Rechtes, auch heute noch nicht so weit entwickelt ist, dass man eine Lösung des Haftungsproblems beim Blankettmissbrauch, die sich allein auf ein solches allgemeines Haftungsprinzip stützen würde, als sichere und dogmatisch einwandfreie Lösung ansehen könnte. Oertmann selbst führt eingangs seiner Abhandlung über den Rechtsschein aus, dass über den Rechtsschein in den letzten Jahrzehnten "unendlich viel geredet" worden sei, "ohne dass jedoch über Begriff, Bedeutung und Bezeichnung auch nur annähernd ein Einklang der Ansichten" hätte erzielt werden können; der Ausdruck habe sich zwar immer mehr eingebürgert,

aber es fehle "noch immer an der dringend notwendigen Durchforschung des gesamten Stoffes"⁹³⁾.

Ausser diesen Schwierigkeiten, welchen der Versuch begegnen würde, die Haftung des Blankettgebers bei missbräuchlicher Ausfüllung aus einem allgemeinen Prinzip der Rechtsscheinhaftung abzuleiten, ist aber in erster Linie zu beachten, dass eine unausweichliche Notwendigkeit, die Haftung auf diesem Wege zu begründen, nicht besteht.

Die Haftung des Blankettgebers lässt sich nämlich im Wege der analogen Anwendung von Einzelvorschriften des Vertrauensschutzes begründen, so dass es gar nicht erforderlich ist, zur Lösung des Problems ein allgemeines Prinzip als selbständige, von den Einzelvorschriften losgelöste Haftungsgrundlage zu konstruieren.

2. Die Lösung des Haftungsproblems beim Blankettmissbrauch durch analoge Anwendung von Einzelvorschriften des Vertrauensschutzes.

Gegen eine vorsichtige analoge Anwendung von Einzelvorschriften des Vertrauensschutzes können -bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen einer Analogie- m.E. ernsthafte Bedenken nicht erhoben werden, wenn nur eine solche analoge Anwendung es ermöglicht, den vom Gesetzgeber nicht geregelten Interessenkonflikt zwischen dem hintergangenen Blankettgeber und dem gutgläubig auf die ausgefüllte Urkunde Vertrauenden befriedigend zu lösen. Nicht nur in der Lehre (vgl. unten a), sondern auch in der Rechtsprechung wird der Weg einer solchen Analogie verschiedentlich beschritten⁹⁴⁾.

⁹³⁾ Oertmann, Rechtsschein, S. 443; vgl. hierzu auch Ulmer, Wertpapierrecht, S. 12, 43, 44

⁹⁴⁾ vgl. z.B. die analoge Anwendung der §§ 171, 172 BGB in den Entscheidungen RGZ 81/257 (261); 138/265 (269); 170/281 (284)

Voraussetzung für eine entsprechende Anwendung der einen oder anderen Einzelvorschrift des Vertrauensschutzes ist dabei nach den allgemeinen Grundsätzen der Analogie die Feststellung, dass die Interessenlage dieselbe ist und der typische Tatbestand des Blankettmissbrauchs, der von den anzuwendenden Vorschriften nicht direkt erfasst wird, mit dem Tatbestand dieser Vorschriften "die Stücke gemeinsam hat, die für die Anknüpfung der Wirkungen wesentlich sind"⁹⁵⁾.

a) Die analoge Anwendung der §§ 171, 172 BGB:

Die Lösung des Haftungsproblems beim Blankettmissbrauch im Wege der analogen (teilweise auch direkten) Anwendung der §§ 171, 172 BGB wird naturgemäss von verschiedenen Vertretern der Vollmachtstheorie versucht, sowie von Anhängern der Theorie, nach welcher der ausfüllende Blankettnehmer eine dem Bevollmächtigten ähnliche Rechtsstellung hat.

Alle diese Konstruktionen beruhen auf der Überlegung, dass das im Besitze des Blankettnehmers befindliche Blankett im Hinblick auf die erteilte Ausfüllungsbefugnis als Vertrauenszeichen für den Erklärungsempfänger wirke, ähnlich, wie eine im Besitze des Vertreters befindliche Vollmachtsurkunde.

So findet man schon bei Voss⁹⁶⁾ die Auffassung vertreten, das Blankett sei zwar keine Vollmachtsurkunde i.S. des § 172 BGB, aber die Blankettunterschrift könne doch die Bedeutung einer -neben der rechtsgeschäftlich erteilten Ausfüllungsermächtigung hergehenden- Vollmachtskundgebung haben. Die Aushändigung einer Blanko-

⁹⁵⁾ Lehmann, § 8, III, 3, S. 57; vgl. auch Ennecc. Nipperd., I, 1, § 58, II, S. 209

⁹⁶⁾ a.a.O., S. 440 ff., S. 444, N. 40

unterschrift gewähre dem Inhaber "ein zum Gebrauch im Rechtsverkehr geeignetes Zeichen des Vertrauens"; sie wirke den Beteiligten gegenüber als "die Ankündigung der durch die Einsicht des Blanketts zu erforschenden Vertretungsmacht des mit der ausdrücklichen oder stillschweigenden Behauptung seines Ausfüllungsrechtes auftretenden Inhabers"⁹⁷⁾. In diesem Sinne vermöge die Blankoerklärung -wie Voss meint- Dritten gegenüber als eine Vollmachtskundgebung zu wirken, und die für den Umfang der Vertretungsmacht massgeblichen Ausfüllungsanweisungen des Blankettgebers seien dem Dritten gegenüber nur wirksam, wenn "sein Vertrauen auf die Vollmachtskundgebung nach der Sachlage nicht gerechtfertigt" war. Der Blankettgeber wolle zwar einerseits, dass der zur Ausfüllung Ermächtigte nach nach den ausdrücklich getroffenen Abreden das Blankett ausfülle; andererseits wolle er aber doch auch wieder, dass "die Urkunde für einen mit diesen Verabredungen oder Rechtsbeziehungen unbekannten Dritten geradeso gelten soll, wie sie nach der in Übereinstimmung mit der Blankettlage vorgenommenen Ausfüllung erscheint". Damit fordere er Dritte, die aus der Urkunde oder an der Urkunde Rechte erwerben möchten, auf, dem Inhalt der ausgefüllten Urkunde Vertrauen zu schenken, und den Blankettinhaber, der ihnen gegenüber zur Ausfüllung sich anschickt, zu der von ihm in Aussicht gestellten Ausfüllung berechtigt zu halten⁹⁸⁾.

Auch bei v. Tuhr⁹⁹⁾ findet sich schon der Hinweis -allerdings hier nur für den Fall des Widerrufs der erteilten Ausfüllungsbefugnis-, das Blankett

⁹⁷⁾ Voss, a.a.O., S. 443

⁹⁸⁾ Voss, a.a.O., S. 452

⁹⁹⁾ u.V., S. 94, N.2

in den Händen des Blankettnehmers sei "wie eine Vollmachtsurkunde zu behandeln" und § 172 Abs.1 BGB entsprechend anzuwenden.

Demgegenüber vertritt Hausmann -selbst kein Anhänger der Vollm.Theorie-¹⁰⁰⁾ im Hinblick auf die von ihm als Beispiele angeführten unausgefüllten Quittungs- und Vollmachtsblankette die Ansicht, eine solche Urkunde könne keinesfalls eine geeignete Vertrauensgrundlage abgeben, und eine analoge Anwendung der Schutzvorschriften des BGB (§§ 171, 370) komme deshalb nicht in Betracht. Hausmann macht geltend, ein solches Blankett weise "den auf die Urkunde Vertrauenden schon durch seinen lückenhaften Inhalt auf eine mündlich nebenher erteilte Ergänzungsbefugnis hin", sei also "objektiv schon kein zum Vertrauen auf den Umfang der Ausfüllungsermächtigung geeigneter Tatbestand" (S. 316). Diese Auffassung schränkt aber nun Hausmann selbst wiederum ein, indem er einräumt (S. 317), ausnahmsweise könne der Fall gegeben sein, dass nach dem Willen der Parteien dem Blankettnehmer durch Aushändigung des Blanketts nach aussen hin "die Legitimation verschafft werden sollte, die Ausfüllung nach der Blankettlage vorzunehmen", und dass in einem solchen Falle bei Erteilung der mündlichen Ausfüllungsanweisung beabsichtigt war, dass diese lediglich inter partes Wirksamkeit entfalten sollte.

In den beiden neueren Darstellungen von Bornemann¹⁰¹⁾ und Wächter¹⁰²⁾ wird dagegen grundsätzlich das Blankett als geeignete Vertrauensgrundlage im Hinblick auf die §§ 171, 172 BGB

¹⁰⁰⁾ a.a.O., S. 316 f.

¹⁰¹⁾ a.a.O., S. 35 ff.

¹⁰²⁾ a.a.O., S. 44

angesehen. Dabei sind die von Bornemann angeführten Überlegungen ganz ähnlich den bei Voss zu findenden Gedankengängen.

Auch Bornemann¹⁰³⁾ geht davon aus, in der parallel zu der ausdrücklichen oder stillschweigenden Vollmachtserteilung hergehenden Übergabe des mit der Unterschrift des Vollmachtgebers versehenen Blattes sei ein Vorgang von derselben rechtlichen Bedeutung zu erblicken, wie die in § 172 BGB erwähnte Aushändigung einer Vollmachtsurkunde, welche der Vertreter dem Dritten vorlegt (S.35). Wenn aus dem Blankett keine Beschränkung der Vollmacht zu entnehmen sei, dann müsse der Erklärungsempfänger -wie Bornemann meint- die Vollmacht im Rahmen dessen, was Treu und Glauben erfordere, für unbeschränkt halten. Daher könne der Erklärungsempfänger den Blankettinhaber insoweit zur Ausfüllung befugt halten, wie dieser tatsächlich ausfüllt, "falls er es auch in Wirklichkeit nicht gewesen sein sollte" (S.37).

Mit ähnlichen Argumenten begründet Wächter¹⁰⁴⁾ die generelle Haftung des Blankettgebers kraft Rechtsscheins in analoger Anwendung der §§ 171, 172 BGB. Auch er vertritt die Auffassung, dass dem gutgläubigen Erklärungsempfänger keine besondere Erkundigungspflicht über den tatsächlichen Umfang der Ausfüllungsbefugnis obliege (S.44).-

Alle diese Versuche, die Haftung des Blankettgebers bei missbräuchlicher Ausfüllung durch analoge Anwendung der §§ 171, 172 BGB zu begründen, sind m.E. abzulehnen. Für die hier vertretene Auffassung ist dabei nicht das von Hausmann

¹⁰³⁾ a.a.O., S. 35 ff.

¹⁰⁴⁾ a.a.O., S. 44

vorgebrachte Argument ausschlaggebend, die unausgefüllte Urkunde weise den Erklärungsempfänger schon allein durch ihre Lückenhaftigkeit auf Ausfüllungsabreden zwischen Blankettgeber und Ausfüllungsberechtigten hin und stelle deshalb keine geeignete Vertrauensgrundlage dar.

Viel entscheidender dürfte der folgende, bisher noch nicht beachtete Gesichtspunkt sein:

Es mag angehen, die unausgefüllte Urkunde als Vollmachtskundgebung oder ähnlich einer solchen zugunsten des Dritten zu werten, dem die Urkunde noch als Blankett vorgelegt wurde.

Wie ist es aber, wenn der Erklärungsempfänger, wie es übrigens gerade im Regelfalle liegen dürfte, eine schon vorher vom Blankettnehmer vervollständigte Urkunde erhält, der überhaupt nicht mehr anzusehen ist, dass sie aus einem Blankett entstanden ist und deren Entstehung aus einem Blankett dem Erklärungsempfänger unbekannt ist? In einem solchen Falle ist für die rechtliche Konstruktion keinerlei Raum mehr, für den Dritten werde die Ausfüllungsbefugnis durch das im Besitze des Blankettnehmers befindliche Blankett "dokumentiert" und sein Vertrauen auf die in der Blanketthingabe liegende Vollmachtskundgebung entsprechend den Vorschriften der §§ 171, 172 BGB geschützt. Fehlt es überhaupt an jeglichen Vorstellungen des Dritten über eine Entstehung der Urkunde aus einem Blankett, so fehlt zwangsläufig auch jede Vorstellung über die Ausfüllungsbefugnis des Blankettnehmers. Dann ist aber die Haftung des Blankettgebers nicht damit zu begründen, dass er die Ausfüllungsbefugnis durch Aushändigung des Blanketts dokumentiert und damit -wie bei Aushändigung einer Vollmachtsurkunde- bezüglich der Ausfüllungsbefugnis des Blankettnehmers für den Dritten eine Vertrauensgrundlage geschaffen habe, dem er deshalb hafte.

Hier zeigt sich das Unbefriedigende aller Versuche, das Haftungsproblem beim Blankettmissbrauch im Wege der Analogie zu den §§ 171, 172 BGB zu lösen. Eine Konstruktion, die nicht in allen denkbaren Fällen des Blankettmissbrauchs anzuwenden ist, ist keine Lösung des Problems.

Vorzuziehen ist deshalb m.E. der Weg einer analogen Anwendung der Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes., der eine Lösung des Haftungsproblems für alle denkbaren Fälle bietet, insbes. auch für den Fall, dass die Vervollständigung des Blanketts durch den Blankettnehmer erfolgte, ehe die Urkunde dem Erklärungsempfänger vorgelegt wurde.

b) Die analoge Anwendung der Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes.

Das neue Wechselgesetz und das neue Scheckgesetz brachten im Jahre 1933 mit den Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. erstmals eine gesetzliche Regelung der Haftungsfrage beim Blankettmissbrauch -allerdings beschränkt auf die Spezialmaterie des Wechsel- und Scheckrechts. Nach Art. 10 WechselGes. (entsprechend Art. 13 ScheckGes.) kann bei vereinbarungswidriger Ausfüllung eines Wechsels, der bei der Begebung unvollständig war, die Nichteinhaltung der getroffenen Vereinbarungen dem gutgläubigen Inhaber des ausgefüllten Wechsels nicht entgegengehalten werden. Dabei wird der gute Glaube lediglich ausgeschlossen durch positive Kenntnis oder grob-fahrlässige Unkenntnis der vereinbarungswidrigen Ausfüllung.

Schon vor dieser gesetzlichen Regelung bestand in Lehre und Rechtsprechung weitgehend darüber Einigkeit, dass die Einrede der missbräuchlichen oder vertragswidrigen Ausfüllung rein persönlicher Natur sei, und durch die abredewidrige Ausfüllung

bei den Skripturobligationen die gültige Entstehung einer Schuldverbindlichkeit nicht gehindert werde¹⁰⁵⁾ Der Gesetzgeber hat also in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre für den Bereich des Wechsel- und Scheckrechts den Interessenkonflikt zwischen dem Blankettgeber und dem gutgläubigen Dritten, der auf die in der abredewidrig ausgefüllten Urkunde enthaltene Erklärung vertraut, zu Gunsten des letzteren entschieden:

Er wird in seinem Vertrauen geschützt, und dieser Schutz gereicht dem Blankettgeber zum Nachteil, der an die Redlichkeit des Blankettnehmers geglaubt und diesem das Blankett zur vereinbarungsgemässen Ausfüllung überlassen hat. Der gutgläubige Dritte kann den Blankettgeber dem Inhalt der abredewidrig ausgefüllten Urkunde gemäss in Anspruch nehmen.

Die entscheidende Frage ist nunmehr, ob es möglich ist, diese gesetzliche Regelung für ein Teilgebiet unserer Rechtsordnung auf die Blankette des bürgerlichen Rechtes im Wege der Analogie zu übertragen. Ein derartiger Versuch ist, soweit feststellbar, bisher noch nicht unternommen worden. In der neueren Literatur zum Blankettrecht des bürgerlichen Rechtes seit Verkündung des WechselGes. und des ScheckGes. im Jahre 1933 finden die Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. nicht einmal Erwähnung¹⁰⁶⁾.

Als wesentlichste Bedenken könnten einer solchen Analogie entgegenstehen, dass es sich bei den Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. um Sonderregelungen

¹⁰⁵⁾ vgl. Staub-Stranz, WO, Anm. 12 zu Art. 7; Schumann, Wechselfälschung, S. 99; Zwirner, a.a.O., S. 90, 103; ROHG 6/46 (47); RGZ 2/97 (100); 23/100 (110); 55/337 (338) u.a.

¹⁰⁶⁾ vgl. die Dissertationen von Bornemann, Nischik und Wächter, a.a.O.

handele, die auf die besonderen Bedürfnisse des Wertpapierrechts abgestellt sind, auf skripturrechtlichen Grundsätzen beruhen und deshalb nicht auf bürgerlichrechtliche Tatbestände übertragen werden können. Ob derartige Bedenken gerechtfertigt sind, bedarf im folgenden einer näheren Untersuchung:

Die gesetzliche Regelung des Wertpapierrechts steht wesentlich unter einem rechtspolitischen Leitgedanken, der den Bedürfnissen des Rechtsverkehrs nach umlaufsfähigen Papieren Rechnung trägt und das gesamte Wertpapierrecht beherrscht: der Schutz der Verkehrssicherheit. Die Rücksicht auf die Umlaufsfähigkeit der Wertpapiere und die Verkehrssicherheit erfordern sowohl den Schutz der redlichen Erwerber, als auch den Schutz der redlichen Schuldner, deren Vertrauen auf der Legitimation durch das Papier beruht. Der Vertrauensschutz ist, wie Ulmer¹⁰⁷⁾ es ausdrückt, "ein Lebensnerv des Wertpapierrechts". - Ist die gesetzliche Regelung des Wertpapierrechts in starkem Masse auf den Schutz der Verkehrssicherheit ausgerichtet, so folgt aus dieser grundsätzlichen Erwägung m.E. aber noch nicht die Unmöglichkeit, bestimmte Einzelvorschriften des Wertpapierrechtes auf gesetzlich nicht geregelte Tatbestände des bürgerlichen Rechts zu übertragen. Auch das bürgerliche Recht kennt ja eine ganze Reihe von Vorschriften, in denen dem Bedürfnis nach Verkehrssicherheit Rechnung getragen und das Vertrauen auf den urkundlichen Rechtsschein geschützt wird (vgl. z.B. die §§ 172, 370, 405, 409, Abs.I, Satz 2; 2366 BGB u.a.). Oft haben auch die wertpapierrechtlichen Tatbestände des Vertrauensschutzes eine starke Ähnlichkeit mit bürgerlich-

¹⁰⁷⁾ Wertpapierrecht, S. 11

rechtlichen Vorschriften des Vertrauensschutzes¹⁰⁸⁾

Die Möglichkeit einer analogen Anwendung ist daher m.E. nur für solche Vorschriften des Wertpapierrechtes auszuschliessen, die in ihren Voraussetzungen und Wirkungen auf nur dem Wertpapierrecht eigentümlichen Grundsätzen beruhen, und mit denen der Gesetzgeber ersichtlich eine Sonderregelung für das Wertpapierrecht schaffen wollte, durch die ein über den sonstigen Rahmen hinausgehender Gutglaubensschutz garantiert werden sollte.

Was den letzteren Gesichtspunkt anbetrifft, so ist aus den Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. nicht zu entnehmen, der Gesetzgeber gehe davon aus, dass derjenige, der auf einen Wechsel oder Scheck vertraut, der aus einem Blankett hervorgegangen ist, in stärkerem Masse Schutz verdiene und auch geschützt werden solle, als derjenige, der einer sonstigen aus einem Blankett entstandenen Urkunde Glauben schenkt. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, dass das Blankett schon

¹⁰⁸⁾ Ulmer, Wertpapierrecht, S. 46, erwähnt den Fall, dass nach der Begebung des Papieres die Verbindlichkeit erloschen ist oder vermindert wurde, ohne dass dies aus der Urkunde hervorgeht. In diesem Fall habe der Inhaber noch immer den Schein für sich, dass ihm die Forderung aus dem Papier im vollen Umfange zustehe; dem redlichen Erwerber gegenüber gelte die Verminderung oder das Erlöschen als nicht eingetreten. Ulmer führt hierzu aus (S. 47), die Rechtslage sei hier "eine ganz ähnliche" wie bei der Erteilung einer Vollmacht unter Aushändigung einer Vollmachtsurkunde, denn die Vollmacht erlösche zwar, wenn sie im Innenverhältnis widerrufen werde; dem redlichen Dritten gegenüber gelte sie aber als fortbestehend, bis die Urkunde zurückgegeben oder für kraftlos erklärt werde, §§ 172, 173 BGB.

lange vor Inkrafttreten des Wechselgesetzes und des Scheckgesetzes -ja sogar schon vor Inkrafttreten des BGB¹⁰⁹⁾- im Rechtsverkehr üblich und gebräuchlich war, und dass ferner die h.M. auch für den Bereich des bürgerlichen Rechtes schon lange vor der ersten gesetzlichen Regelung der Haftungsfrage die Auffassung vertrat, derjenige, der auf ein abredewidrig ausgefülltes Blankett vertraue, müsse sich an den Blankettgeber halten können. Es wäre daher verfehlt, aus der ersten gesetzlichen Regelung für ein Teilgebiet der Rechtsordnung in Art.10 WechselGes., 13 ScheckGes. per argumentum e contrario den Schluss ziehen zu wollen, dass nach dem Willen des Gesetzgebers bei den Blanketten des bürgerlichen Rechtes ein Vertrauensschutz nicht in Betracht komme, vielmehr nur derjenige Schutz verdiene, der auf ein abredewidrig ausgefülltes Wechsel- oder Scheckblankett vertraue.-

Schliesslich lässt sich aber auch gegen eine analoge Anwendung der Art.10 WechselGes., 13 ScheckGes. nicht einwenden, diese Bestimmungen beruhen auf besonderen skripturrechtlichen Grundsätzen -insbesondere dem aus der "Wechselstrenge" fließenden Grundsatz der "schriftmässigen Haftung"- und seien deshalb auf bürgerlichrechtliche Tatbestände nicht entsprechend anwendbar.

Massgeblich für die in Art.10 WechselGes., 13 ScheckGes. statuierte Haftung des Blankettgebers ist nicht die dem Wertpapierrecht eigentümliche, auf dem schriftrechtlichen Grundsatz der schriftgemässen Haftung beruhende Beschränkung der Einwendungen gegenüber dem gutgläubigen Papierinhaber. Der Grundsatz der schriftmässigen Haftung besagt im wesentlichen, dass das *M a s s* der Haftung sich nach der im Papier niedergelegten Erklärung (nach der "Schrift")

¹⁰⁹⁾ vgl. hierzu Müller, a.a.O., S. 14 und die dortigen Nachweise.

richtet. "Der Papierinhaber hat den Schein für sich, dass ihm die Forderung in dem im Wertpapier niedergelegten Umfang zusteht"¹¹⁰⁾. Es wäre aber falsch, in dem Grundsatz der schriftmässigen Haftung den Grund dafür sehen zu wollen, dass der Blankettgeber haftet und ihm der Einwand abgeschnitten wird, die niedergelegte Erklärung sei wegen Überschreitung des Ausfüllungsrechtes nicht seine Erklärung.

Wie oben (Abschnitt B, II) eingehend dargestellt, kann der Blankettnehmer eine Erklärung des Blankettgebers nur zur Entstehung bringen, wenn und soweit er sich im Rahmen des Ausfüllungsrechtes hält. Dieser Grundsatz gilt auch für wertpapierrechtliche Erklärungen auf einem Wechsel- oder Scheckformular. Dass die in dem abredewidrig ausgefüllten Wechsel oder Scheck niedergelegte Erklärung trotz Überschreitung des Ausfüllungsrechtes als Erklärung des Blankettgebers gilt, ist mit dem skripturrechtlichen Grundsatz der schriftgemässen Haftung nicht zu erklären, dessen Anwendung ja eine tatsächliche Erklärung des Wechsel- oder Scheckverpflichteten voraussetzt. Der Grund dafür, dass der gutgläubige Dritte nach dem Willen des Gesetzgebers einen Wechselanspruch gemäss der in dem abredewidrig ausgefüllten Wechsel enthaltenen Erklärung erwirbt, ist vielmehr der, dass der Blankettgeber durch die Überlassung des Blanketts an den Blankettnehmer zur Ausfüllung diesem die Möglichkeit auch zur abredewidrigen Ausfüllung gegeben hat und es zu seinen Lasten gehen muss, wenn der Blankettnehmer das Blankett missbräuchlich ausfüllt. Auch in diesem Falle wird ja für den gutgläubigen Dritten der Anschein einer ordnungsgemäss zustande-

¹¹⁰⁾ vgl. Ulmer, S. 56/57.

gekommenen Urkunde hervorgerufen, und es ist gerecht und billig, wenn nach dem Willen des Gesetzgebers dieses Risiko vom Blankettgeber zu tragen ist. "Die Art.10 WechselGes., 13 ScheckGes. wollen den Blankettaussteller zugunsten des gutgläubigen Rechtsverkehrs mit der besonderen Gefahr belasten, die mit der Hingabe von Blanketten verbunden ist"¹¹¹⁾.

Das ist der Grund für die Haftung des Blankettgebers¹¹²⁾, wie sich auch aus einer Gegenüberstellung der Art.10 WechselGes., 13 ScheckGes. und der Art.69 WechselGes., 51 ScheckGes. ergibt: Wird nämlich an einem vollständig ausgefüllten Wechsel -Entsprechendes gilt für den Scheck- nach der Weitergabe eine Änderung vorgenommen, etwa die Wechselsumme erhöht, so haften die Wechselverpflichteten, die vor der Abänderung unterzeichnet haben, nicht dem abgeänderten, sondern dem ursprünglichen Inhalt gemäss, mag ein späterer Indossatar noch so gutgläubig sein und noch so sehr darauf vertrauen, einen Wechselanspruch entsprechend der "Schrift" gegen sämtliche Unter-

¹¹¹⁾ Schumann, Wechselfälschung, S. 109

¹¹²⁾ vgl. auch Schumann, HH, S. 577; Quassowski-Albrecht, N.13 zu Art.10 WG.: "Wenn...ein abredewidrig ausgefüllter Wechsel an einen gutgläubigen Dritten weitergegeben wird, so erfordert es die Billigkeit, dass der Geber den durch die Vertragsverletzung des Empfängers entstandenen Schaden trägt, denn er hat durch die Begebung eines unvollständigen Wechsels einem anderen die abredewidrige Ausfüllung ermöglicht; er hat ihm sein Vertrauen geschenkt und muss daher für einen Vertrauensmissbrauch einstehen".

zeichner zu erwerben¹¹³⁾.

Der Gesetzgeber hat damit in den Vorschriften der Art. 10, 69 WechselGes. und Art. 13, 51 ScheckGes. für den Bereich der Wechsel- und Scheckfälschung (in einem weiteren, die "Blankettfälschung" mitumfassenden Sinne) ersichtlich eine Billigkeitslösung angestrebt¹¹⁴⁾.

Er hat dabei als wesentliches Kriterium für

¹¹³⁾ Die Gegenüberstellung der genannten Vorschriften macht zugleich auch die Unhaltbarkeit eines Argumentes deutlich, das verschiedentlich gegen einen Vertrauensschutz beim Blankettmissbrauch vorgebracht wird (vgl. Müller S. 64/65; Haussmann, S. 312): Es wird gesagt, derjenige, der auf ein abredewidrig ausgefülltes Blankett vertraue, könne ebensowenig einen Vertrauensschutz für sich in Anspruch nehmen, wie der Gutgläubige, der auf eine gefälschte Urkunde vertraue. Der Gesetzgeber vertritt ganz eindeutig eine andere Auffassung. Es wird bei dieser Argumentation auch übersehen, dass in der Regel die falsche Ausfüllung eines Blanketts leichter möglich ist, als die Verfälschung einer ausgefüllten fertigen Urkunde; vgl. Schumann, Wechselfälschung, S. 99.

¹¹⁴⁾ Im Interesse einer billigen und gerechten Lösung muss bei nachträglicher Verfälschung gemäss Art. 69 WechselGes., 51 ScheckGes. sogar der skripturrechtliche Grundsatz der schriftmässigen Haftung zurückstehen: Derjenige, der vor der Verfälschung unterzeichnet hat, haftet gemäss seiner ursprünglichen Erklärung auch dann, wenn diese Erklärung aus dem Wechsel oder Scheck überhaupt nicht mehr ersichtlich ist. Vgl. hierzu und zu den früheren Meinungsverschiedenheiten über diese Frage: Ulmer, S. 182, und vor allem Schumann, Wechselfälschung, S. 78 ff. und S. 99

eine gerechte und billige Lösung der Interessenkonflikte die Frage der zurechenbaren Verursachung des durch missbräuchliche Ausfüllung oder spätere Verfälschung geschaffenen äusseren Anscheins eines ordnungsgemäss zustande gekommenen Wechsels oder Schecks angesehen. Der durch die auf dem Wertpapier niedergelegten Erklärungen hervorgerufene "urkundliche Rechtsschein" als solcher ist ja in beiden Fällen -sowohl bei missbräuchlicher Ausfüllung als auch bei nachträglicher Verfälschung- für den gutgläubigen Erwerber der gleiche. Er kann u.U. ebensowenig wie die missbräuchliche Ausfüllung die nachträgliche Verfälschung aus der Urkunde erkennen. Dennoch haftet nur der Blankozeichner, der für die durch sein Verhalten ermöglichte missbräuchliche Ausfüllung einzustehen hat, nicht aber der Wechselverpflichtete, dessen Erklärung nach der Weitergabe des vollständig ausgefüllten Papierses verfälscht wurde, weil der Gesetzgeber das Risiko einer späteren Verfälschung der Erklärung dem Wechselverpflichteten nicht aufbürdet.

Steht aber die gesetzliche Regelung des Haftungsproblems beim Blankettmissbrauch in Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. ausschliesslich unter dem Grundsatz der Haftung für einen zurechenbar verursachten Rechtsschein, so folgt daraus m.E. zwangsläufig, dass es sich hier nicht um Vorschriften handelt, die auf nur dem Wertpapierrecht eigentümlichen Haftungsgrundsätzen beruhen, da die Haftung für zurechenbar verursachten Rechtsschein auch dem bürgerlichen Recht nicht fremd ist und in zahlreichen Vorschriften des BGB -wie dargestellt- statuiert ist. Es ergibt sich weiterhin, dass es möglich ist, im Wege der Analogie die gesetzliche Regelung in Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. auf die gesetzlich nicht geregelten Fälle des Blankettmissbrauchs im Bereich des bürgerlichen Rechtes zu übertragen.

Damit ist eine Haftungsgrundlage gefunden, die im Gegensatz zu der analogen Anwendung der §§ 171, 172 BGB (vgl. oben a) a.E.) alle denkbaren Fälle des Blankettmissbrauchs umfasst.

C. Die Anfechtbarkeit der in dem missbräuchlich ausgefüllten Blankett niedergelegten Erklärung.

In dem vorhergehenden Abschnitt wurde das Ergebnis gewonnen, dass der Blankettgeber dem gutgläubigen Dritten auch dann gemäss der in der abredewidrig ausgefüllten Urkunde enthaltenen Erklärung haftet, wenn der Blankettnehmer die ihm durch das Ausfüllungsrecht eingeräumte und abgegrenzte Ausfüllungsbefugnis überschritten hat. Kraft der analogen Anwendung der Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. muss der Blankozeichner die vereinbarungswidrig zustandegekommene Erklärung in der Urkunde als die seinige gegen sich gelten lassen, obwohl der Blankettnehmer grundsätzlich nur in dem Rahmen eine Erklärung des Blankozeichners zur Entstehung bringen kann, der durch das ihm übertragene Ausfüllungsrecht bestimmt ist.

Es bleibt aber nunmehr zu prüfen, ob der Blankettgeber diese -auf dem Grundgedanken der Haftung für zurechenbar verursachten Rechtsschein beruhende- Wirkung auch für sich in Anspruch nehmen kann, insofern nämlich, als er, wenn das in der Urkunde objektiv Erklärte mit seinem Willen nicht übereinstimmt, diese Abweichung im Wege der Anfechtung wegen Irrtums (§ 119 BGB) geltend machen kann.

In der Lehre wird diese Frage der Anfechtungsmöglichkeit unterschiedlich beantwortet¹¹⁵⁾.

Ablehnend stehen einer Anfechtungsmöglichkeit naturgemäss die Anhänger der Vollmachtstheorie (mit Ausnahme Siegels) gegenüber, deren rechtlicher Konstruk-

¹¹⁵⁾ vgl. die Übersicht oben N.5 und 6

tion zufolge die in dem ausgefüllten Blankett niedergelegte Erklärung ja nicht eine Erklärung des Blankettgebers, sondern des ausfüllenden Blankettnehmers ist. So macht Bornemann¹¹⁶⁾ geltend, es sei weder die Willenserklärung des Blanketzeichners, die das Geschäft zustandebringe, noch sein Irrtum, welcher in der nicht weisungsgemässen Ausfüllung zum Ausdruck komme. Eine Anfechtung komme daher nur in Betracht, wenn der Ausfüllende (der Vertreter) sich geirrt habe (§ 166 BGB).

Auch Voss¹¹⁷⁾ vertritt die Auffassung, die Geltendmachung eines Vertretungsmangels im Rahmen des Blankettverkehrs müsse "in Gemässheit der Vorschriften des Vertretungsrechtes und nicht in Gemässheit der Vorschriften über die Mängel der Willensbildung" erfolgen. Demgegenüber meint Siegel, der eigentliche Begründer der Vollmachtstheorie, die Bestimmung des § 119 BGB liesse sich "ohne Zwang" analog anwenden¹¹⁸⁾.

Eine nähere Auseinandersetzung mit den von Bornemann und Voss vorgebrachten Argumenten erübrigt sich, nachdem -wie oben unter B, I, 1 dargelegt- die Vollmachtstheorie als solche schon nicht haltbar ist.

Von den Anhängern der Theorie, nach welcher der ausfüllende Blankettnehmer zwar kein Vertreter, das Ausfüllungsrecht aber analog der Vollmacht zu behandeln ist, räumt v. Tuhr¹¹⁹⁾ dem Aussteller das Recht zur Anfechtung gemäss § 119 BGB ein, während Wächter¹²⁰⁾

¹¹⁶⁾ a.a.O. S. 39 unter Hinweis auf Voss, S. 417

¹¹⁷⁾ a.a.O., S. 461

¹¹⁸⁾ Siegel, Blankettklärung, S. 46

¹¹⁹⁾ Allgem.T., II, 1 § 61, II, 3, S. 415; u.V. S. 93, N.1 unter Hinweis auf Planck, § 126, Anm.2

¹²⁰⁾ a.a.O., S. 45; vgl. hierzu auch Ennecc.-Nipperd., I, 2, § 167, II, 1, N.4, S. 712

die Auffassung vertritt, es komme allenfalls eine im Endergebnis wirkungslose Anfechtung der Gewährung der Ausfüllungsbefugnis in Frage, dagegen niemals eine Zerstörung der in der Blanketthingabe liegenden Vollmachtenkundegebund, denn der einmal erzeugte Rechtschein bleibe immer bestehen.

Dieses von Wächter vorgebrachte Argument ist m.E. nicht stichhaltig. Es werden hier die Grenzen der Rechtsscheinwirkung übersehen. Die Haftung kraft zu-rechenbar verursachten Rechtsscheins hat für die rechtliche Konstruktion des Haftungsgrundes beim Blanketmissbrauch doch nur die Bedeutung, dass in der Konstruktion ein fehlendes Zwischenglied zwischen der Blanketthingabe und der Ausfüllung (nämlich das Ausfüllungsrecht) ersetzt wird, ohne das der Ausfüllende überhaupt keine Erklärung des Blankozeichners zur Entstehung bringen kann. Die Rechtsscheinwirkung beschränkt sich darauf, dass trotz Fehlens dieses Ausfüllungsrechtes eine für den Blankozeichner verbindliche Willenserklärung entsteht. Der durch die Blanketthingabe ermöglichte und durch die missbräuchliche Ausfüllung hervorgerufene urkundliche Rechtschein hat aber keine darüberhinausgehende Wirkung im Sinne einer Garantie für den Erklärungsempfänger, dass der Text der Urkunde mit dem wirklichen Willen des Unterzeichners unanfechtbar übereinstimme. Das Risiko, dass eine rechtsgeschäftliche Erklärung mit einem Willensmangel behaftet ist, der eine Anfechtung nach sich zieht, trägt der Erklärungsempfänger in jedem Falle. Das gilt -jedenfalls für den Bereich des bürgerlichen Rechtes- auch für urkundlich niedergelegte Willenserklärungen. Als Ausgleich räumt der Gesetzgeber dem Erklärungsempfänger einen Anspruch auf Ersatz des Vertrauensschadens ein (§ 122 BGB), wenn angefochten wird.

Es ist nicht einzusehen, warum von diesem Grundsatz eine Ausnahme gemacht werden soll für den Fall, dass

die Erklärung in einem abredewidrig ausgefüllten Blankett niedergelegt ist¹²¹⁾.

Die Unzulässigkeit der Anfechtung wegen Irrtums kann insbesondere aber auch nicht daraus hergeleitet werden, dass nach der hier vertretenen Auffassung als Haftungsgrundlage gegen den Blankettgeber die Rechtscheinsvorschriften der Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. analog heranzuziehen sind. Aus Art. 10 WechselGes., 13 ScheckGes. ergibt sich, dem Wortlaut dieser Bestimmungen nach, selbst für die Wechsel- und Scheckblankette nicht die Unanfechtbarkeit abredewidrig ausgefüllter Blankourkunden. Die Unanfechtbarkeit folgt für die Wechsel- und Scheckblankette vielmehr aus dem von Lehre und Rechtsprechung für das Wertpapierrecht ganz allgemein entwickelten Grundsatz, dass der Verkehrsbestimmung der Wertpapiere zufolge die Berufung auf Willensmängel gegenüber dem redlichen Erwerber grundsätzlich ausgeschlossen ist. Für das Wechselrecht insbesondere wird von der h.M. aus der Verkehrsbestimmung des Wechsels gefolgert, dass diese Funktion gewisse Abweichungen gegenüber der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre notwendig mache:

Im Interesse des Verkehrsschutzes müsse dem redlichen Erwerber gegenüber die Berufung auf Willensmängel

¹²¹⁾ Es besteht hier ja eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Fall, dass jemand eine Urkunde, von der er eine ganz bestimmte Vorstellung hat, ungelesen unterschreibt. Hat er in Wirklichkeit die Urkunde mit einer anderen verwechselt, so kann ihn der Erklärungsempfänger gleichwohl an den mit der Unterschrift erklärten Inhalt der Urkunde zunächst festhalten; er kann aber nicht verhindern, dass der Unterzeichner den Zwiespalt zwischen der Erklärung und seinem wirklichen Willen im Wege der Anfechtung geltend macht; vgl. RGZ 77/309 (312); Ennecc.-Nipperd., I, 2, § 167, II, 1, N. 3, S. 711, 712

grundsätzlich ausgeschlossen sein, in dem Verhältnis zwischen Wille und Erklärung liege das Schwergewicht vielmehr ganz auf der Erklärung. Im Wechselrecht ist daher nach der herrschenden Meinung¹²²⁾ jede von einem Handlungsfähigen in Wechselform niedergelegte Erklärung ohne Rücksicht auf etwaige Willensfehler bindend.

Der Unterschied wird in folgendem, auch von Ulmer¹²³⁾ erwähnten Falle deutlich: Wurde die Wertpapierform erst nach der Unterzeichnung geschaffen, ist beispielsweise eine zu anderen Zwecken gegebene Blankettunterschrift auf einem leeren Papier unbefugter Weise zu einem Wechsel ergänzt worden, dann bleibt dem Blankozeichner die Möglichkeit der Anfechtung¹²⁴⁾.

Der urkundliche Rechtsschein bei den missbräuchlich ausgefüllten Blankourkunden des bürgerlichen Rechts bewirkt daher nur, dass überhaupt eine Verpflichtung für den Blankozeichner aus der in der Urkunde enthaltenen Erklärung entsteht; er hat dagegen nicht zur Folge, dass der Blankozeichner eine Abweichung zwischen seinem Willen und der Erklärung, die er als "seine" Erklärung gegen sich gelten lassen muss, nicht im Wege der Anfechtung unter den Voraussetzungen des § 119, Abs. 1 BGB geltend machen kann.-

Die tatbestandlichen Voraussetzungen einer Irrtumsanfechtung nach § 119, I BGB werden beim Blankettmissbrauch regelmässig gegeben sein. Eine Anfechtung nach § 119, Abs 1 BGB setzt voraus, dass jemand unbewussterweise etwas erklärt, was seinem Willen nicht entspricht. Das Gesetz unterscheidet zwei Fälle, deren zweiter hier zweckmässigerweise vorangestellt wird:

122) vgl. Ulmer, S. 51 ff., S. 241 f.; im Ergebnis ebenso: RGZ 14/22 (24); Jacobi, a.a.O., S. 306 ff.; Hueck, S. 85; Schumann, HH. S. 618 u.a.; a.A. Quassowski-Albrecht, Anm. 22 zu Art. 17 WG.

123) a.a.O., S. 52

124) überstimmend Ulmer a.a.O.

1. Der Erklärende wollte "eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben", d.h. er hat die Erklärungshandlung, so wie sie vorgenommen wurde, nicht gewollt: Der Erklärende gibt eine Erklärung ab, "die er in dieser Gestalt (Form) nicht abgeben wollte"¹²⁵⁾.
2. Der Erklärende war bei Abgabe der Erklärung "über deren Inhalt im Irrtum", d.h. die äussere Gestalt der Erklärung -die gebrauchten Worte etc.- war zwar gewollt, aber der Erklärende schrieb ihr einen anderen Erklärungswert zu.

In Betracht kommt für die Fälle des Blankettmissbrauchs der Tatbestand des Irrtums in der Erklärungshandlung (1.)¹²⁶⁾. Ob auch die weitere Voraussetzung des § 119 Abs.1 BGB gegeben ist -dass nämlich der Aussteller eine Erklärung, wie sie in der Urkunde erscheint, "bei Kenntnis der Sachlage und verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde"- , ist jeweils Tatfrage.

¹²⁵⁾ Ennecc.-Nipperd. I,2, § 167, II, S. 711

¹²⁶⁾ vgl. auch v. Tuhr, II,1, § 67,1, S. 571/572 u. Ennecc. Nipperd. a.a.O.

Lebenslauf.

Ich wurde am 17. Mai 1927 als Sohn des Kaufmanns Karl Feldmann und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Bauer, zu Frankfurt am Main geboren. Ab Ostern 1937 besuchte ich in Frankfurt am Main das Lessing-Gymnasium (humanistisches Gymnasium). An dieser Schule legte ich auch nach Besuch eines Reifeprüfungslehrgangs für Kriegsteilnehmer anfangs Juni 1946 die Reifeprüfung ab.

Im Sommersemester 1946 begann ich an der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main das Studium der Rechtswissenschaft. Die erste rechtswissenschaftliche Staatsprüfung bestand ich am 24. August 1949 vor dem Justizprüfungsamt bei dem Hessischen Oberlandesgericht in Frankfurt am Main. Die grosse Staatsprüfung legte ich am 26. August 1954 vor dem Hessischen Juristischen Landesprüfungsamt ab.

Gegenwärtig bin ich als Anwaltsassessor in Frankfurt am Main tätig.

